GRUNDVERTRAG

ENDE DES KALTEN KRIEGES?

C 21246 E

Seite 5

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 20. November 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig

LOHNSTOPP IN ENGLAND!

In England kamen vor etwa zwei Jahren zum ersten Mal Forderungen von 15 bis 20% auf. Jetzt sind 35 und 40%-Forderungen bei manchen Gewerkschaften schon übliche Sätze. Die gegenwärtigen Forderungen der Arbeiter bei der Elektrizitätsversorgung belaufen sich auf 37%. Die Müllabfuhrleute wollen 43%, die Arbeiter der Fordwerke 50%, die Landarbeiter 60%.

Die Hintergründe dafür liegen darin: Selbst nach bürgerlichen Statistiken leben 8 - 12 der 55 Millionen Engländer in grosser Armut. 1 Million sind arbeitslos, viele Arbeiter wohnen in trostlosen Altbauvierteln mit bröckelndem Gemäuer, in London (East-End), in Wales, in den Bergbaustädten der Midlands gibt es ausgedehnte Slums. Die Arbeiter Englands, die sehr selbstbewusst sind, wollen sich das nun nicht mehr länger bieten lassen. Sie haben gemerkt, dass die Unternehmer die Preise hochtreiben, wenn sich auch die Arbeiter noch so ruhig verhalten. Jetzt wird gehandelt. Sie zwangen die Gewerkschaftsführer von einer konzertierten Aktion mit dem Kapital und der Regierung abzugehen.

Der englische Premier Heath verkündete deshalb vor dem Unterhaus ein Gesetz über einen Zwangs-Lohnstopp. Danach sollen die Löhne für mindestens 90 Tage eingefroren werden! Eine mögliche Verlängerung der



'Arbeitermacht' zerschlägt das 'Antistreikgesetz'

Gewerkschaftsverbände haben bereits erklärt, dass sie das Gesetz nicht anerkennen und haben neue Lohnforderungen für 3 Millionen Arbeiter gestellt.

Die britischen Arbeiter haben in den diesjährigen Kämpfen für die Befreiung der 5 verhafteten Gewerkschafter bewiesen, dass weder Polizei noch Justiz dieses Kapitalistenstaates ihren Kampfwillen brechen können. Unsere britischen Kollegen haben das Antistreik-Gesetz durchbrochen, sie werden auch den Lohnraub per Lohnstopp-Gesetz nicht hin-

2. KONFERENZ DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION

UNSERE FORDE-

Frist ist vorgesehen. Mehrere grosse nehmen!

UNSERE FORDE- RUNGEN STEHEN!



3 Wochen nach dem Zusammenschluss gewerkschaftsoppositioneller Gruppen in Westdeutschland und Westberlin fand jetzt das zweite Treffen statt. Kollegen aus 33 Betrieben kamen zusammen, um die gemeinsame Stossrichtung in der Metalltarifrunde festzulegen.

Kollegen aus den gewerkschaftsoppositionellen Gruppen bei Conti/Hannover, Opel/Rüsselsheim, Bänninger/Giessen, Siemens/Berlin und aus anderen Betrieben berichteten, welchen Erfolg schon die erste gemeinsame Aktion hatte:

Die Solidaritätsaktion mit den spanischen Kollegen, die bei Opel/Bochum gestreikt haben. Da hat sich bewiesen: Die Gewerkschaftsopposition kann erfolgreich breite Teile der Kollegen mobilisieren.

Flugblätter, Veranstaltungen, Geldsammlungen für die Spanier brachten einen breiten Erfolg.

Kampfprogramm aufgestellt

Auf dieser Konferenz wurde ein Kampfprogramm aufgestellt. Auf Grundlage dieses Programmes schließen sich alle oppositionellen Gewerkschaftler in der Metalltarifrunde in einer Front zusammen. Dieses Programm ist nicht am grünen Tisch der DGB-Bonzen entstanden; dieses Programm kommt aus der Feder kämpferischer Gewerkschafter. Es sind Arbeiterforderungen, die im Betrieb entstanden sind. Sie wurden von Kollegen, gegen den Kapitalisten und seine Gewerkschaftsknechte aufgestellt.

Mit einem Hungerlohn von 60 Pfennig wollen uns die Herren in der Gewerkschaftsspitze abspeisen. Das ist lächerlich, die paar Pfennig gleichen ja nicht mal den höheren Bierpreis aus. Darum steht für diese Metalltarifrunde die Forderung der Gewerkschaftsopposition: 1,50 DM = 20 %

Die Kollegen im Kaltwalzwerk Hoesch haben schon die richtige Antwort auf die Forderungen der IGM gegeben: Sie haben ihre eigenen Forderungen aufgestellt - nicht 11 Prozent oder 15 Prozent, sondern 20 Prozent! Diese 20 Prozent sind heute gerechtfertigt. 20 Prozent heisst 1,50 DM mehr in der Stunde. Nur wenn wir diese Forderung durchsetzen, können wir auch erreichen, dass wir ohne Überstunden mit dem Lohn heute noch auskommen. Deshalb waren sich die Kollegen auf der Konferenz mit überwältigender Mehrheit einig:

1,50 DM = 20%!

Diese Forderung werden die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen überall in die Betriebe tragen. Unter dieser Forderung werden sich die Kollegen im Kampf zusammenschliessen.

In vielen Betrieben hat die Forderung, die bei Opel/Bochum aufgestellt worden ist - 1250 DM Mindestlohn - grossen Anklang gefunden. Das ist der Lohn, den heute jeder Arbeiter in 40 Stunden verdienen muss, um davon leben zu können. Dashalb haben die oppositionellen Gewerkschafter beschlossen, diese Forderung von Opel/Bochum zu ihrer Kampfforderung zu machen:

1250 DM MINDESTNETTO-LOHN

Die IGM-Führung versucht mit allen Mitteln, die Kollegen in den verschiedenen Tarifgebieten zu trennen. Dadurch, dass die Tarifverträge bei Metall- und Stahl-

Fortsetzung auf Seite 3



Plakatschänder sind unter uns

Man braucht in Kiel nicht weit zu gehen, um zerrissene, beschmierte oder überklebte Wahlplakate zu entdecken, und unschwer ist festzustellen, daß es alle Parteien in gleicher Weise trifft. Da half es offenbar wenig, daß die CDU gegen zwei Täter Strafantrag stellte ... Neuerdings findet man sogar auf Werbeschildern aller demokratischer Parteien breite Überkleber, auf denen die KPD ML offen zum Wahlboykott aufruft. Die CDU im Kreis Plön hat auf derlei Beschädigungen allerdings bereits die rechte Antwort gefunden; sie klebt seit einigen Tagen: „Wer heute Plakate zerstört, zerstört morgen den Staat."

Fotos: Magnussen

LÜGENPOLITIK DER US-KRIEGSVERBRECHER Seite 6

ERKLÄRUNG DES ZK DER KPD/ML

Das dritte Plenum des dritten ZK der KPD/ML, im November 1972, hat nach ausführlicher Beratung beschlossen, den Programmentwurf der Partei noch nicht zu veröffentlichen.

Begründung: Die vorliegenden Kritiken aus der Partei und den Massenorganisationen zeigen überaus anschaulich das stetige Wachsen des ideologischen Niveaus der Mitglieder und Sympathisanten unserer Organisation, ihre Geschlossenheit und Ausrichtung auf das gemeinsame Ziel. Gerade diese Kritiken aber erfordern eine gründliche Überarbeitung des Programmentwurfs. Das Programm ist in seinen Grundzügen fertiggestellt. Es wäre schädlich und der Arbeiterklasse nicht von Nutzen, das Programm unserer Partei, das eine grundlegende Analyse sein und für einen längeren Zeitraum Gültigkeit haben soll, überhastet, ohne die notwendige wissenschaftliche Sorgfalt, zu veröffentlichen. Die Arbeit am Programmentwurf wird weiter zügig vorangetrieben, so daß in absehbarer Zeit mit seiner Veröffentlichung zu rechnen ist.

Francofaschisten in EWG?

In diesem Frühjahr reiste Außenminister Scheel an Francos Hof, wo er Gespräche mit dessen Wirtschaftsminister führte. Es ging um den weiteren Kapitalexport des westdeutschen Imperialismus nach Spanien. Solche Länder sind besonders bevorzugtes "Anlagegebiet", denn hier gibt es kein Streikrecht, hier wird die Arbeiterklasse mit faschistischem Terror unterdrückt.

Von 1,54 Milliarden DM Kapitalexport deutscher Monopolherren in "Entwicklungsländer" Europas gingen allein 1,25 Milliarden DM nach Spanien. Nach Spanien wurde mehr westdeutsches Kapital geschafft, als nach ganz Afrika.

Aber es ging beim Scheel-Besuch in Madrid nicht nur um Kapitalexport. Die Deutsche Bundesrepublik ist auch dasjenige EWG-Land, das am hartnäckigsten für den Eintritt Spaniens in die EWG kämpft. Bonn weiß, auf welch harten Widerstand es dabei treffen wird: Die Völker Europas werden die Unterstützung und Aufwertung des Franco-Regimes in Europa nicht hinnehmen. Darum soll jetzt die Schmierenkomödie eines "Thronwechsels" abgezogen werden. Der Hanswurst Juan Carlos soll den dahinsiechenden Franco ablösen. Dieser "Machtwechsel", der keinen Fingerbreit das faschistischen Regime in Spanien ändern wird, soll als Vorwand dienen, um die Aufnahme Spaniens in die EWG zu fordern. Juan Carlos samt königlicher Familie wurde deshalb im September nach Bonn eingeladen.

Die Freundschaft zwischen deutschen Imperialisten und Franco-Faschisten ist alt. 1936 unterstützte Hitlerdeutschland mit Kruppkanonen, Henschellastwagen und Bombern von Dornier die faschistischen Henker der spanischen Republik. Der national-revolutionäre Befreiungskrieg des spanischen Volkes war eine entscheidende Schlacht zwischen dem Faschismus und den antifaschistischen Kräften im damaligen Wuropa.

Dank der 'Nichteinmischung' der 'Demokratien' Frankreichs, Englands und Amerikas unterlagen die antifaschistischen Helden Spaniens mangels Waffen, die ihnen diese 'Demokratien' verweigert hatten. Kaum waren Francos Söldner in Madrid eingezogen, da blies auch Hitler zum Angriff auf die Völker Europas und der ganzen Welt.

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus begann auch in Spanien der US-Imperialismus an die Stelle seines geschlagenen deutschen Konkurrenten zu treten. Die Franco-Clique verkaufte Spanien nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer, kultureller und militärischer Hinsicht an die Yankees durch die Verträge vom 23.September 1953. Auch die Yankees hatten und haben größtes Interesse am Fortbestehen des Faschismus in Spanien.

1946 war die UNO gezwungen, unter dem Druck der antifaschistischen Völker Europas eine politische und wirtschaftliche Blockade gegen das Franco-Regime zu verhängen. Eingehalten wurde diese Blockade von den 'Demokratien' der USA und Westeuropas natürlich nie. Heute gehen die Yankees und die europäischen Imperialisten so weit, dem Franco-Faschismus die Tür in die EWG zu öffnen.

Dazu erklärte das Informationsbüro der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML):

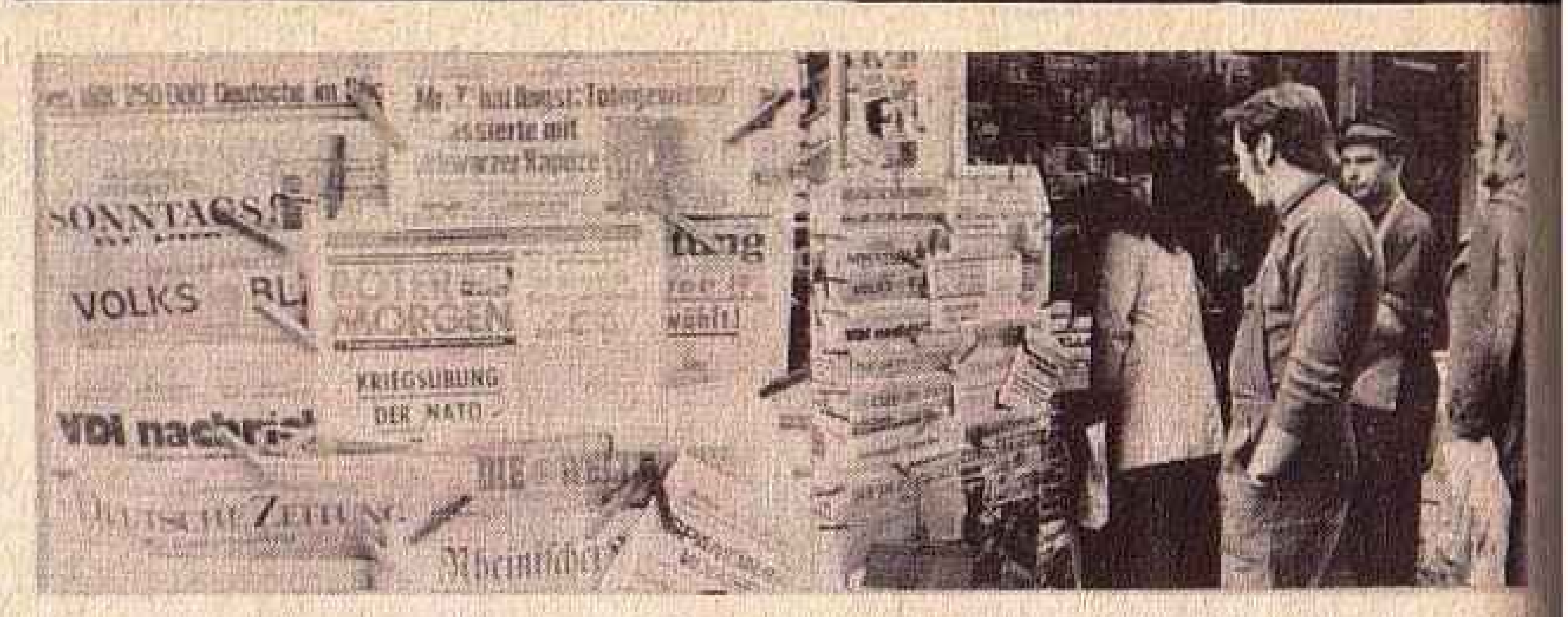
"Wenn dieses Manöver durchgeführt würde, würde das – abgesehen von einem Schaden für den Kampf des spanischen Volkes, den Eintritt einer offenen Spitze aus den vordersten Reihen des internationalen Faschismus in das Europa der Monopole bedeuten. Das würde die sofortige Verstärkung der ganzen europäischen Reaktion mit sich bringen, besonders der am offensten auftretenden neonazistischen Spitzen. Es würde ein heimtückisches Attentat gegen die reichen Kampftraditionen der europäischen Völker gegen den Faschismus darstellen, Traditionen, welche die europäische Reaktion und besonders verschiedene faschistische Kräfte begraben wollen".

"Ebenso würde der Eintritt des frankistischen Spaniens in den gemeinsamen Markt für den Yankee-Imperialismus die Errichtung einer Bastion in seinem direkten Dienst innerhalb (der EWG) darstellen, – sowohl auf wirtschaftlichem, politischem wie militärischem Gebiet – da Spanien schon in der Gegenwart eine Halbkolonie der Yankees ist".

Die Erklärung der PCE/ML endet mit dem Aufruf:

"Die revolutionären und demokratischen Kräfte in Europa müssen alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um die Aufnahme des Frankismus als Mitglied mit allen Rechten in den gemeinsamen Markt der europäischen Monopole zu verhindern, denn das würde einen neuen Trumpf in den Händen aller faschistischen Kräfte Europas bedeuten".

Kämpft für die Wochenzeitung ROTER MORGEN!



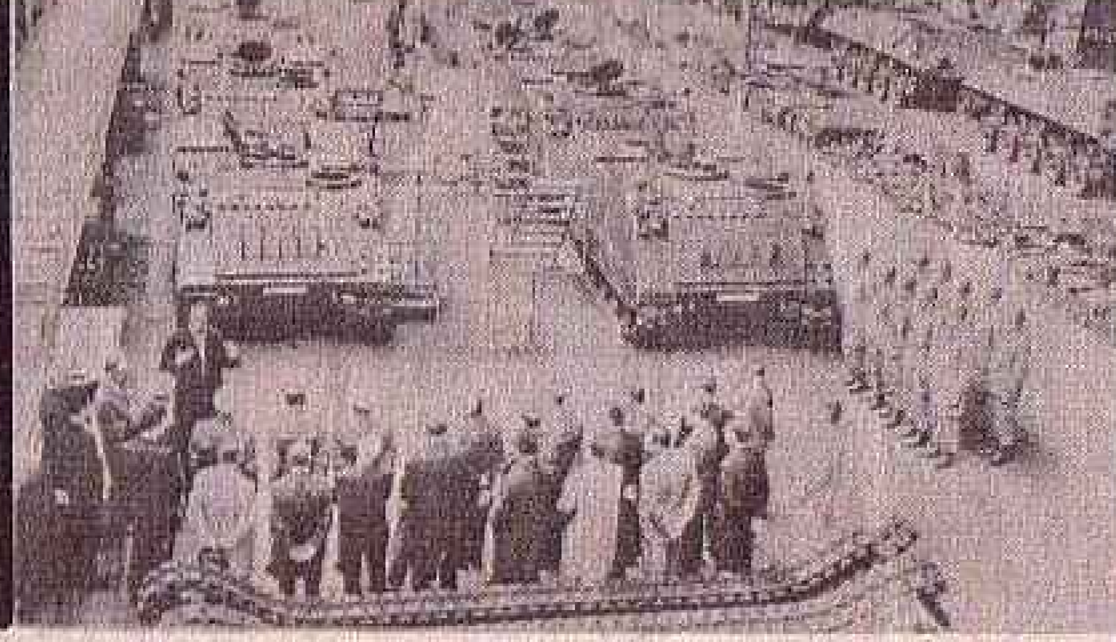
Freunde des Roten Morgen, Genossen,
Gehen wir vorwärts zur Wochenzeitung. Jeder ist aufgerufen mitzuarbeiten. Das rasche Wachstum der Arbeiterbewegung und unserer Partei macht das wöchentliche Erscheinen des Roten Morgen zur unbedingten Notwendigkeit. Unterschätzen wir unsere Kräfte nicht, Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden! Helfen wir alle, unsere scharfe Waffe zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, zur Verbindung von Partei und Arbeiterbewegung, zur Organisierung und Führung des Klassenkampfes zu schmieden!

Heute wollen wir etwas zur Sicherung der finanziellen Basis des Roten Morgen sagen. Wir wissen, dass viele Leser und Genossen jetzt bereits ihr Ausserstes geben. Eine Arbeiterzeitung kann nur von Arbeitergroschen leben, das ist eine alte Wahrheit. Weder auf Anzeigen noch auf dicke Spenden aus bürgerlichen Kreisen (auch wenn wir hier uns über jeden Sympathisanten freuen) können wir bauen. Die zuverlässigste Stütze ist daher die vermehrte Verbreitung des Roten Morgen in der Arbeiterschaft und unter allen Werktätigen. Jeder Genosse und Sympathisant unserer Partei sollte daher immer einige Exemplare Roter Morgen bei sich tragen, um überall, wo sich Gelegenheit bietet, ihn unter den Massen zu propagieren.

Vor allem muss auch verstärkt dabei für Abonnenten geworben werden. Beim Übergang auf wöchentliches Erscheinen wird sich die Abonnentenbasis erheblich verbreitern müssen (gegenwärtiger Stand: 3 000), die bis jetzt erst einen kleinen Teil der Gesamtauflage ausmacht. Jeder Genosse sollte sich auch hier ein monatliches Planziel stecken.

Erfolgsbilanz der SPD:

MILITARISIERUNG WIE NOCH NIE!



"Die westdeutsche Rüstungsindustrie ist international führend auf vielen Gebieten!" — So brüsten sich Krupp, Krauss-Maffei, Mauser, Bölkow usw.

"Ziemlich unverständlich" nennt die Frankfurter Rundschau die "Zurückhaltung" der SPD-Wahlpropaganda in bezug auf ihre Bundeswehr"reformen". Diese "Zurückhaltung" ist aber begründet. Das durchgeführte Programm der SPD im Punkte Militarisierung widerlegt jede Vorstellung von einer "SPD als kleineres Übel". Ein solches Programm im Dienste des westdeutschen Imperialismus hat noch keine CDU/CSU geschafft:

Verabschiedung des grössten Rüstungshaushaltes seit Bestehen der Deutschen Bundesrepublik.
- Eine "Wehrrechtsreform", die die Massenmilitarisierung vorantreibt (erstmals in diesem Oktober erreicht die Bundeswehr den Höchststand von 500 000 Soldaten)
- Wiedereinführung des Pflichtsoldaten für 2 Jahre (jetzt 2q Monate) (Die Zahl der Weiterverpflichtungen erhöhte sich daraufhin sprunghaft. Vor allem Abiturienten, Jugendliche aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten; "dienten" freiwillig länger. 1968: 1500 Mann. 1971: 45000 Mann)
- Gesetze zur Einbeziehung der Wehrdienstverweigerer in den paramilitärischen Dienst (Leber; neuer Kriegsminister und ehemaliger Gewerkschaftsbonze, nennt die Wehrdienstverweigerung ein "Ausnahmerecht"
- Pläne zur Schaffung von Bundeswehrhochschulen
- Wehrkundeerlass, Verstärkung der militaristischen Propaganda an den Schulen usw.
- Mobilmachungsübungen aufgrund des Reservistengesetzes und des Bundesleistungsgesetzes.

z.B. Mobilmachungsübung

Am 28. Oktober fand erstmals eine Mobilmachungsübung der Bundeswehr statt, bei der die Möglichkeiten erprobt wurden, im Falle eines Blitzkrieges die Bevölkerung vor den Karren der Bonner Militaristen zu zwingen.
Im Raum Wetzlar, wo gleichzeitig eine Übung der Bundeswehr stattfand, wurden nun zunächst einmal 144 Lastwagenbesitzer aufgefordert, ihre Lastwagen zur "technischen Überprüfung" durch die Bundeswehr einziehen zu lassen. Die Absichten von Ex-Kriegsminister Schmidt in diesem Frühjahr auch private PKWs zu beschlagnahmen, wurde fallengelassen. Zu gross war die Empörung in der Öffentlichkeit gewesen, als dieser Plan bekannt wurde. Denn: Die Bevölkerung weiss noch zu gut, dass auch im dritten Reich solche "Heranziehungsübungen" vor den Blitzkriegen Hitlers durchgeführt wurden.

Wie sieht das heute aus? Die SPD-Regierung hat das Reservistensystem "reformiert". Konnte früher nur ein kleiner Teil der Reservisten bis zu einer festgesetzten Altersgrenze zu Wehrübungen herangezogen werden, so werden jetzt **alle** Reservisten für 6 Jahre nach Ableistung des Grundwehrdienstes zu Übungen herangezogen. Im Mobilmachungsfall müssen sie sofort zu ihrer alten Einheit zurückkehren. Über Nacht soll die Bundeswehr in Kriegsstärke dastehen. Mithilfe des Dienstleistungsgesetzes können nicht nur private PKWs und LKWs beschlagnahmt werden. Die Bundeswehr kann - nach heute geltendem Gesetz - einen Gastwirt zwingen, Soldaten zu versorgen. Taxifahrer können gezwungen werden, die Herren Offiziere zur Front zu befördern. Jeder Arbeiter kann verpflichtet werden, seinen Arbeitsplatz nicht zu wechseln, oder dass er in einem "kriegswichtigen" Betrieb schuften muss...!



Blitzkriegsübung bei Wetzlar: private LKW's werden von der Bundeswehr eingezogen

Derjenige Arbeiter, der diesmal noch der SPD seine Stimme gab; weil er sie für das "kleinere Übel" hielt; wird erkennen; der westdeutsche Militarismus rüstet unter dem Schleier der Friedenspropaganda zu neuen Abenteuern. Mobilmachungen im Sinne der "aktiven Vorwärtsverteidigung"; d.h. der Vorbereitung des aggressiven Eroberungskrieges gegenüber der DDR und anderen Ländern des Ostens wird hierzulande geübt. Nicht umsonst betont "Friedenswilly" immer wieder; dass sein Programm der "inneren Sicherheit" (sprich Militarisierung und Notstandsübungen) Hand in Hand mit der Ostpolitik geht. Eine Ostpolitik; die unter dem Säbelrasseln der Bundeswehr die politische und wirtschaftliche Eroberung der DDR und der Ostsaaten betreibt! Der Aufrüstung und Militarisierung des westdeutschen Imperialismus muss in den Betrieben; Schulen und Universitäten der unerbittliche Kampf angesagt werden.

Eine Möglichkeit besteht auch darin, Geschenkabonnements an Freunde, Bekannte, Kollegen usw. zu schicken. Viele werden ihn dann nach Ablauf des Abonnements sicher weiterbeziehen.

Die Anstrengungen der Freunde und Genossen in dieser Hinsicht wird dazu beitragen, die Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und Partei noch mehr zu festigen. Vorwärts in diesem Sinne!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

26.10.	Dortmunder Sympathisanten	47.--
26.10.	W.L., München	7.80
30.10.	Genossen aus Wilhelmshaven	50.--
31.10.	Freunde aus Westberlin	50.--
31.10.	R.H., Bochum	50.--
1.11.	KSB/ML Westberlin	30.--
1.11.	H.Z. Westberlin	50.--
2.11.	Genossen aus der Schweiz	20.--
6.11.	R.T., Bielefeld	12.--
	Zusammen:	316.80

Spenden für den ROTEN MORGEN auf: Postscheckkonto: Ernst Aust, Hamburg, Konto-Nr. 26 27 67

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion:
43 Essen 1
Postlagerkarte A 009660

Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto:
Hamburg, Nr. 26 27 67 **Ernst Aust**

Verlag, Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg.
Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: vierzehntägig montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland DM 11.-- für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland DM 11.-- für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gewerkschaftsopposition

Fortsetzung von Seite 1

arbeitern nicht gleichmässig gekündigt werden. Zur Bekämpfung der Spaltungsversuche durch die Kapitalisten gehört auch der Kampf gegen die Spaltung in verschiedene Ecklöhne in den einzelnen Tarifgebieten und die Lohnunterschiede auf betrieblicher Ebene. Daher:

GLEICHZEITIGE KÜNDIGUNG DER TARIFVERTRÄGE FÜR ALLE METALL- UND STAHLARBEITER!

TARIFLICHE ABSICHERUNG DER EFFEKTIVLÖHNE UND AUSGLEICHUNG DER LÖHNE IN DEN TARIFGEBIETEN!

Die langen Laufzeiten der Tarifverträge in dieser Zeit der inflationären Preisentwicklung nützen ebenso nicht uns, sondern nur dem Kapital. In Vertreterversammlungen wurde bereits öfters gefordert, die Laufzeiten zu kürzen. Als Gewerkschafter, die sich nicht der "Sozialpartnerschafts" - Ideologie verpflichtet fühlen, werden die oppositionellen Kollegen, wenn notwendig, auch für zwischentarifliche Lohnkämpfe eintreten, auch wenn die Bonzen noch so wild schreien: "illegaler Streik"!

JEDERZEITIGE KÜNDBARKEIT DER TARIFVERTRÄGE!



Heute vor 40 Jahren (Nov. 1932): BVG-Streik gegen Lohnraub und Faschisierung

Heute sind die Lehrlinge in Kiel schon für 660 DM Lohn auf die Strasse gegangen. In anderen Städten, wie z.B. Berlin, gibt es eine breite Front für 550 oder 500 Mark Lehrlingslohn.
Deshalb ist die Forderung der Gewerkschaftsopposition am Facharbeiterlohn ausgerichtet:

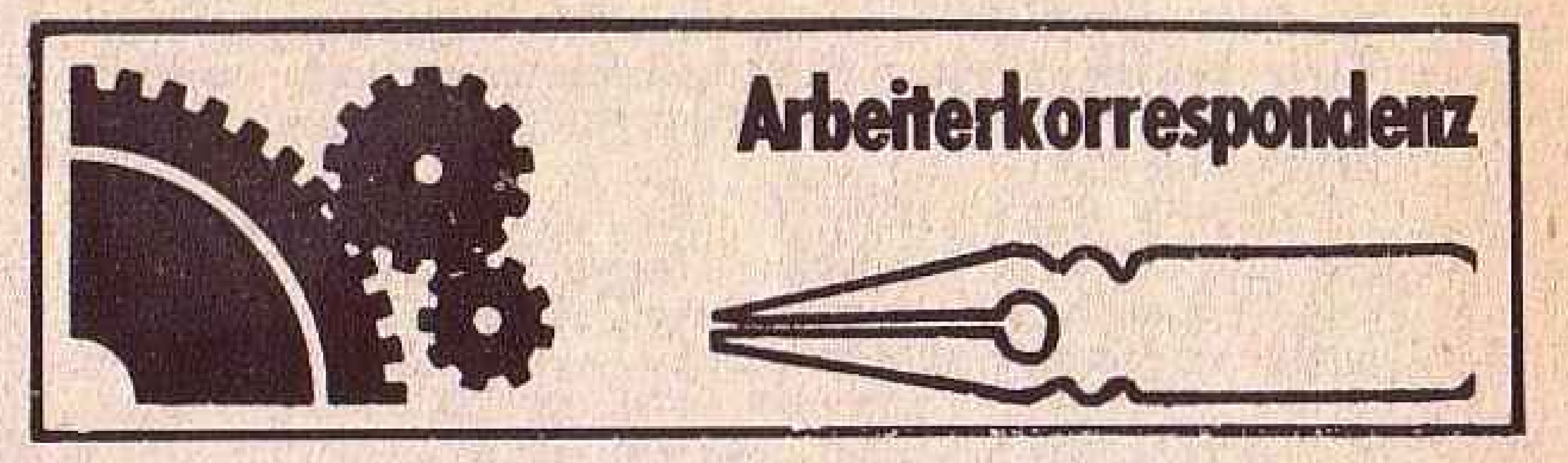
600 DM MINDESTLOHN FUR LEHRLINGE!

Uberall müssen sich die Lehrlinge unter der Losung vereinigen:

STREIKRECHT FÜR LEHRLINGE!

schmiedet sich eine Kampffront. Es ist ein grosser Schritt vorwärts, dass die gewerkschaftsoppositionellen Vertreter aus über 30 Betrieben gemeinsam diese Forderungen aufgestellt haben. Das ist ein gemeinsames Kampfprogramm, das sie in die Betriebe zurücktragen werden. In den nächsten Wochen werden diese Kollegen beweisen, dass sie in der Durchsetzung der Forderungen vornean kämpfen werden - gestärkt durch das Anwachsen der Gewerkschaftsopposition!

AUFRUF DER KPD/ML UND DER ROTEN GARDE!



Druckt diese Arbeiterkorrespondenz bitte in einer der nächsten RM-Nummern ab. Sie ist von einem Lehrling, der kürzlich zu uns kam und um Aufnahme in die Rote Garde bat. Um wie er sagte, gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung, der er ausgesetzt ist, zu kämpfen. Um den kapitalistischen Ausbeuterstaat zu zerschlagen und ein sozialistisches Deutschland zu errichten.

Rot Front
Rote Garde Waldeck

LEHRLING IN STAATLICHEM HOTELBETRIEB

Ich bin Kochlehrling im 3. Lehrjahr bei den staatlichen Hotelbetrieben in Bad Wildungen. Wie überall besteht das Personal fast nur aus Lehrlingen, weil an denen ja das meiste verdient wird. Für 170 DM im Monat (das bleibt einem Lehrling im 3. Lehrjahr nach allen Abzügen) müssen wir Lehrlinge jede Woche durchschnittlich 48-50 Stunden schuften. Die Überstunde bekommen wir natürlich nicht bezahlt. Von diesen lumpigen Pfennigen müssen wir dann noch unser Arbeitszeug wie Messer und Kleidung selbst kaufen. Dafür habe ich bisher schon über 1000 DM ausgegeben. Die Pausen werden nicht eingehalten. Schon nach 10 Minuten treibt uns der Küchenchef wieder an die Arbeit.

Einmal, ich hatte meine 8 Stunden runter und es kamen immer noch neue Essenbestellungen, hatte ich genug und warf die Brocken hin, um nach Hause zu gehen. Sofort stürzte der Küchenchef auf mich zu und schrie mich an, was mir einfiel, Schluss sei dann, wenn er es sage. Dann prügelte er mich an meinen Arbeitsplatz zurück. Seit diesem Tag werde ich bei jeder Gelegenheit von ihm angeschrien und geschlagen. Dabei passierte es dann, dass ich in eine Glastür fiel, mir die Hand aufschnitt und einen Nervenzusammenbruch bekam. Im Krankenhaus wäre ich dann beinahe an einem Kollaps oder

Lehrlinge sind besonders ausgenützt. Um nicht Hilfsarbeiter zu werden, verpflichten sie sich, 3 Jahre für einen Hungerlohn zu arbeiten, dabei leisten sie im allgemeinen die gleiche Arbeit wie ein Facharbeiter.

Mit dieser Forderung geht es den kapitalistischen Geldsäcken an den Kragen. Nicht länger lassen sich Jung gegen Alt ausspielen. Die Durchsetzung einer solchen Forderung liegt im Interesse der ganzen Arbeiterklasse, dafür

DER ROTEN GARDE!

Die KPD/ML und ihre Jugendorganisation Rote Garde unterstützen diese Forderungen der nationalen Gewerkschaftsopposition und werden für deren Durchsetzung entschieden kämpfen.

so was verreckt.

Einem anderen Lehrling erging es ähnlich. Auch er war gegen die Überstunden aufgetreten. Er wurde vom selben Küchenchef angeschrien und geschlagen. Mehrmals sogar mit der Gabel in den Hintern gestochen. Dieser Lerhling wurde so fertig gemacht, dass er eines Tages verschwand und erst nach 3 Tagen halbverhungert in einer Scheune gefunden wurde.

Diese Leute anzuzeigen hat auch keinen Zweck. Ein Kellnerlehrling zeigte einmal seinen Chef an, weil er ihn bis nachts um 1 Uhr arbeiten liess, obwohl er noch keine 18 Jahre alt war. Natürlich passierte dem Chef nichts. Sämtliche Lehrlinge mussten unterschreiben, dass sie keine Überstunden machen und nie welche gemacht haben. Für den Fall, dass einer nicht unterschreiben wollte, wurde mit Rausschmiss gedroht. Daraufhin liess das Gericht den Küchenchef ungeschoren laufen, der Lehrling wurde gefeuert.

Seit die Hotelleitung weiß, daß ich "aufsässig bin und Terror mache", was ich alle Nase lang zu hören bekomme, versuchen sie mit allen Mitteln mich rauszuekeln. Wahrscheinlich befürchten sie, daß auch die anderen Lehrlinge aufmucken.

So wurde mir jetzt mein Zimmer, das mir laut Lehrvertrag zusteht und nur eine schlechtere Abstellkammer ist und die ich mir selbst einrichten mußte, weggenommen.

N.W.

KLASSE GEGEN KLASSE

Die "Ruhrkohle AG" will in den nächsten Monaten 12.000 Bergarbeiter "abbauen". Mehrere Zechen sollen in nächster Zeit stillgelegt werden. Diese bevorstehende Massenentlassung wird als Teil eines "Gesundschrumpfungsprozesses" bezeichnet. Der Konzern, der sich jetzt "gesundschrumpft", nachdem er sich solange an den Arbeitern gesundgestossen hat, wird vom Staat durch Millionenspritzen aus Steuergeldern gestützt.

In Stuttgart streikten mehr als 100 Arbeiter der Maschinenfabrik Hesser AG, die zum Bosch-Konzern gehört, eine halbe Stunde lang. Die Geschäftsleitung wurde zu einer Zusage auf Lohnerhöhung gezwungen.

6.000 Bremer Hafenarbeiter führten einen Proteststreik gegen das 5,6%-Angebot der Hafenbosse durch. 600 Hafenarbeiter demonstrierten zum Verwaltungsgebäude im Hafen. Sie konnten eine Tarifverbesserung von 77 Pfennig pro Stunde durchsetzen.

55,2% der Gewerkschaftsmitglieder in sechs Werken der Schleifmittelindustrie sprachen sich gegen das Schlichtungsergebnis von 7,3% Lohnerhöhung aus.

500 Arbeiter im Kaltwalzwerk der Dortmunder Hoesch-Westfalenhütte streikten mehrere Stunden für 15% Lohnerhöhung.

Am 9.11. endete ein einwöchiger Streik von etwa 6.000 Arbeitern und Angestellten der Klöckner-Humbolt-Deutz-AG gegen eine Kürzung des Weihnachtsgeldes. Die Unternehmensleitung mußte den Betrag aufstocken.

Die Westberliner Textilunternehmer haben in Anbetracht der Streikbereitschaft von 7.000 Textilarbeitern ihre "Bereitschaft" zu weiteren Tarifverhandlungen" erklärt.

Italien:

40.000 Hafenarbeiter und 200.000 Angestellte der Mittelschulen streikten.

Am 7. November streikten 1,3 Millionen Metallarbeiter vier Stunden lang. Es zeichnet sich ab, daß gegen zwei Millionen Arbeiter und Angestellte ebenfalls ihre Lage durch einen Streik verbessern wollen.

In England beendeten Automobilarbeiter erfolgreich einen zehnwöchigen Streik.

Frankreich:

In Frankreich kam es zu umfangreichen Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen. Allein in Paris demonstrierten Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten zwei Stunden lang über den Boulevard Voltaire im Arbeiterviertel. Sie forderten auf Transparenten und in machtvollen Sprechchören die Erhaltung der Kaufkraft und Lohnerhöhungen. In Marseille, Lyon, Nantes, Brest Bordeaux usw. rollten die gleichen Arbeiteraktionen ab. In Bergwerken in der Eisenhüttenindustrie, auf Docks und Flughäfen, auf dem Bau und in den Textilwerken wurden mächtige 24-Stunden-Streiks zur Unterstützung der Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt.

Angst vor der Arbeiterklasse

In Dortmund gibt es noch relativ viele Wohnviertel, wo die Arbeiter direkt neben dem Werk wohnen. Damit soll jetzt endgültig Schluß sein.

Zwei Wege schlagen die Kapitalisten ein:

Der erste Weg geht über ihre Justiz. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat jetzt ein Musterurteil gefällt, nachdem der schon begonnene Bau einer Wohnsiedlung gestoppt und die Bauarbeiten rückgängig gemacht werden mußten, weil ein Betrieb in der Nähe sein Veto einlegte. Angeblich, weil die Expansion gefährdet sei.

Daß dies aber nicht der hauptsächliche Grund für den 'Freiraum' um die Betriebe der Kapitalisten ist, zeigt das Beispiel Hoesch. Hier laufen einige Straßen direkt an den Werksmauern entlang. Vor einigen Wochen nun haben die Hoesch-Herren ihre Tore vorverlegt, mit der Folge, daß diese Straßen nun hinter den Toren von Hoesch liegen. Was das für die anwohnenden Arbeiter bedeutet, zeigte sich zur Zeit der Bombenanschläge der RAF. Da wurde jedes Auto, das die Tore passieren mußte, vom Werkschutz von unten nach oben gekehrt, um eine eventuell für Harders gedachte Bombe (oder auch eingeschmuggelte Flugblätter) unschädlich zu machen.

Deshalb sollen also die Arbeiterwohnungen weg vom Betrieb. Deshalb sollen Arbeiterviertel im Stadtgebiet niedergerissen und die Arbeiterwohnungen überallhin zerstreut werden

Weil der Aufschwung des Klassenkampfes die Herren Kapitalisten das Fürchten gelernt hat.

NATO mit Moskau zufrieden

Mit Zufriedenheit stellen die NATO-Staaten fest, dass die Widerstände Moskaus und auch Frankreichs gegen eine Gleichzeitigkeit von "Sicherheitskonferenz und Verhandlungen über 'ausgewogene Truppenreduzierungen' aufgegeben werden."

Natürlich geht es weder um die Auflösung der aggressiven Militärblöcke Warschauer Pakt und NATO bei diesen Verhandlungen, noch um Auflösung der Militärstützpunkte der Supermächte in Europa.

Washington's Interessen

Für den US-Imperialismus geht es darum, dass er aufgrund der zunehmenden Niederlagen durch den bewaffneten Freiheitskampfes der Völker und der Schwäche im Innern der USA gezwungen ist, einen Teil seiner Truppen aus Europa abzuziehen. Wie es im Pentagon am 9. November hiess, sollen die gegenwärtig 300000 GI's in Europa um die Hälfte bis 1975 abgezogen werden.

Auch in Europa sollen nach dem Konzept der "Vietnamisierung" verfahren werden. Die USA liefern schwere Waffen, Transport- und Logistisches Material, lassen ihre Flotte ständig vor der europäischen Küste kreuzen, um notfalls selbst "eingreifen" zu können, (wie im September-Manöver "strong express" geübt).

Die Soldaten, die leichteren Waffen und noch mehr Finanzlasten sollen von den "europäischen NATO-Partnern" getragen werden. Dem Bonner Militarismus soll dabei eine besondere Rolle zugedacht werden.

Wer nicht pariert....

Mit welchen Methoden dieses Konzept gegenüber den kleineren NATO-Partnern durchgesetzt wird, zeigt das Beispiel Dänemark. Die dänische Regierung plant seit längerem, die Rüstungslasten herabzusetzen und die Dauer des Wehrdienstes um mehrere Monate zu verkürzen. Auch schränkt sie die Aktivitäten der Marine in der Ostsee östlich von Bornholm spürbar ein.

Offen wurde nun gesagt, das NATO-Manöver "strong express" vom September - das grösste dieser Art seit Bestehen der NATO - wurde gerade aus diesem Grund im skandinavischen Raum abgehalten, weil dort die 'Rüstungsanstrengungen nachlassen". Die NATO-Herren gingen so-

Dem Bonzen Schmidt einen kräftigen Tritt!

Am Freitag wurden vor Hansa Handzettel verteilt, auf denen eine Veranstaltung mit Adolf Schmidt, dem Vorsitzenden der IGBergbau angekündigt wurde. Adolf Schmidt?

Im Frühjahr hat er die Kumpels in einer Nacht- und Nebelaktion an die Zechenherren verkauft. Im Frühjar 72 hat er verhindert, dass die streikbereiten Kumpels in den Kampf traten. Seit Jahren hilft er mit, einen Pütt nach dem anderen stillzulegen. Und diesem Verräter sollen wir noch zu Abgeordnetendiäten verhelfen? Nein!

Und die Kumpels von Hansa haben dem Bonzen Schmidt durch ihr Nicht- Erscheinen gezeigt, was sie von ihm halten: Nichts!

Und selbst vor den wenigen Versammelten traute sich Schmidt nicht, mehr als ein paar Sätze über den Bergbau zu reden. Aber die paar Sätze haben gereicht! Jeder weiss, die Ruhrkohleherren planen weitere Zechenstillegungen. Adolf Schmidt selbst musste es auf einer Veranstaltung in Recklinghausen zugeben. Und am Montag meinte er dazu: "Wir wollen wissen, wohin der Zug fährt und wo er stehen bleibt. Die Entscheidung darüber fällt in Bonn."

Denkste! Wir Kumpels werden nicht zusehen, wie die Zechenherren einen Pütt nach dem anderen dichtmachen! Einige von uns sind inzwischen schon sieben mal von einer Zeche auf die andere gejagt worden.

Schluss mit den Stillegungen!

Und die Entscheidung darüber, ob auf Hansa und den anderen Zechen weiter Kohle geholt wird, die fällt nicht in Bonn, die fällt auf dem Pütt und auf der Strasse. So war das 67 und so wird das auch weiter sein!

Den Zechenherren die Faust ins Gesicht und dem Bonzen Schmidt gleich mit!

Aber Schmidt entlarvte sich nicht nur als Zechenkiller. Er kündigte gleichzeitig auch schon den Tarifvertrag für das Frühjahr 73 an:
Grosspurig versprach er die Verdoppelung der Bergmannsprämie. Aber nicht etwa jetzt zu Weihnachten, wo wir das Geld gut brauchen könnten. Nein, für das Frühjahr!

Aha! "Bonzengeschenke" zur Lohnrunde! Den Trick kennen wir! Wie war das denn im Frühjahr 71? Da lockten die Bonzen mit der neuen Lohnordnung. Damit wollten sie uns vom Kampf für eine ordentliche Lohnerhöhung ablenken. Und im Juni standen wir dann da mit den paar Prozenten mehr. Und die neue Lohnordnung hatte sich auch als Schuss nach hinten gezeigt. Für die meisten bedeutete sie nicht mehr, sondern weniger Lohn.

Und jetzt wollen die Zechenherren und Schmidt uns schon wieder an den Lohn: "Die Gewerkschaften legen die Löhne für 12, 13, 14 oder auch 15 Monate fest", meinte Schmidt. Löhne an die Kette legen! Wer das will, das ist kein Gewerkschafter, das ist ein Kapitalistenknecht!

Und das wurde ihm auch auf der Versammlung klar gesagt. Ein Genosse von der KPD/ML stand auf und entlarvte das Gerede von der angeblich so arbeiterfreundlichen SPD. Die Bonzen sollten sich nicht einbilden, sie könnten ungestört ihre Komplotte gegen die Kumpels schmieden! Und sie sollen auch nicht glauben, die Arbeiter fallen auf ihre Wahlversprechen herein. Streik um mehr Lohn! Das ist die Antwort der Metall- und Stahlarbeiter. Kampf um höheren Lohn, das wird auch die Antwort der Kumpels sein. Und wie die Kollegen bei Opel oder bei Hoesch werden wir den Bonzen diesmal von vorneherein eine Abfuhr erteilen und unseren Kampf selbst organisieren!

weit, das Gerücht in Umlauf zu setzen, man beabsichtige demnächst eine Verminung der Ostseezugänge zu üben und dabei die amerikanischen Vietnam-Erfahrungen anzuwenden.

Bei solchen Druckmitteln gegen unwillige NATO-Länder fehlen auch die Bonner Militaristen nicht. Vizeadmiral Wilhelm Meentzen, Kommandant der NATO-Streitkräfte "Ostseezugänge" meinte, man müsse mehr in der Ostsee kreuzen (**zu deren Anliegerstaaten nicht nur die skandinavischen Länder, sondern auch die DDR gehört**) und die "Flaggen auch östlich von Bornholm demonstrieren".

Moskaus Furcht

Immer neue Divisionen werden von den Kremlzaren an die Nordchinesische Grenze geworfen. Dennoch wurde bis jetzt keine einzige Division aus Osteuropa abgezogen. Warum geht Moskau so vor, dass es neue Divisionen aus dem Boden stampft, statt sie umzuverlegen? Weil das Beispiel Tschechoslowakei nicht vergessen ist. Weil wie in Polen im Dezember 70 die Gefahr besteht, dass die Arbeiterklasse in den Vasallenstaaten des Warschauer Paktes sich vom Joch des Sozialimperialismus und dessen einheimischen Lakaien wie Gierek, Gomulka, Honnecker und Husak befreit.

Moskau war nicht mit einer solchen 'Konferenz zur Truppenreduzierung" parallel zur "Sicherheitskonferenz" einverstanden. Warum? Die Moskauer Vasallen sehen die Möglichkeit, dem Beispiel ihres Herren zu Folgen und selbständig sich mit den Imperialisten des Westens zu verständigen. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass die bedrohten kleineren Staaten Osteuropas sich gegen die Vorherrschaftspolitik der Kremlzaren zusammenschliessen.

Die Widersprüche verschärfen sich!

Schon beginnen Staaten wie Italien, Jugoslavien und Rumänien sich zu beschweren, dass die Supermächte und deren starke Freunde sie nicht gleichberechtigt an den "Abrüstungsverhandlungen" beteiligen wollen. Frankreich wehrt sich weiterhin gegen die "Konferenz zur Truppenreduzierung". Bonn meldet neue Ansprüche.

Das Gerangel soll nun im November eingeläutet werden. Die Völker Europas werden sich nicht von den imperialistischen Machenschaften über Europa täuschen lassen.

WEG MIT NATO UND WARSCHAUER PAKT!

AUFLÖSUNG ALLER MILITÄRSTÜTZPUNKTE AUF FREMDEM TERRITORIUM!

Jagt den Bonzen Schmidt davon!
Kämpft in der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Und Schmidt bekam nicht nur Prügel von der KPD/ML. Ein alter Kumpel stand auf und wischte mit einem Schlag die leeren Versprechungen von Schmidt vom Tisch, z.B. die Rentenreform. "Wem nützt denn die", fragte er. "Doch nur denen, die genug Geld zum Nachzahlen haben. Der Kumpel mit seiner Knappschaftsrente, der kriegt nicht 9,5% mehr, der kriegt höchstens 4,5% mehr, "Und was ist mit der Entschädigung für den Hausbrand? Auch da müssen die Kumpels draufzahlen".

Als Schmidt auf diese zwei Beiträge antwortete, da war es vorbei mit dem vornehmen Abgeordneten. Den Genossen beschimpfte er als Irrsinnigen. Und als der Kumpel eine Zwischenfrage stellte, weil Schmidt nichts zu seinen Vorwürfen sagte, da schrie er: "Jetzt rede ich, ich habe mir deine dösigen Fragen auch angehört!"

So werden von Bonzen wie Schmidt Kumpels beschimpft, die sich ihr Leben lang abgearbeitet haben, die für die Interessen der Arbeiter eintreten. Aber auch dafür wird Schmidt bezahlen!

Und zwar schon bald. Die Unzufriedenheit der Kumpels mit der IGBE ist groß. Vor Jahren wußten sich die Bonzen nur noch zu helfen, indem sie die gewerkschaftliche Demokratie abgeschafft haben. Jetzt gehen sie mit Drohungen und Rausschmissen gegen die Kumpels vor. Mit Rausschmissen drohten sie zum Beispiel einem V-Mann von Minister Stein (Zeche in Dortmund), der gegen die neue Lohnordnung protestierte. Und die, die nicht offen den Kampf aufnehmen, die knallen den Bonzen die Bücher hin.

Wir rufen alle diese Kumpels auf, die für ihre Interessen kämpfen wollen: Schließt Euch zusammen, bereitet schon jetzt die nächste Tarifrunde vor! Trefft Euch! Diskutiert die anstehenden Probleme! Organisiert den Kampf!

BAUEN WIR DIE REVOLUTIONÄRE GEWERKSCHAFTS OPPOSITION AUF!

Die deutsche Bourgeoisie - Meister der Friedensdemagogie

Im Oktober 1938 richtete das ZK der KPD einen "Aufruf an das deutsche Volk", in dem es heisst:

"Die Nazi-Führer reden jetzt viel vom Friedenswillen aller Völker und einem "Neuen Europa". Da ist es endlich Zeit, überall die Frage zu erheben: Wenn Frieden, wozu dann noch länger die wahnwitzigen Rüstungen?!"

Wir stellen diese Frage heute an den Herren Brandt. Nicht wie die speichelleckerischen D"K"P-Führer, die nach "15% weniger Rüstung" rufen und so tun, als seien die schönen Friedensworte wirklich ernste Absicht. Wie ernst solche Worte von Vertretern der deutschen Monopolherren sind, kann man am Beispiel des ehemaligen Vertreters von Krupp, Thyssen und Co sehen: an Adolf Hitler. Vor der deutschen Presse – in einem internen Gespräch – zeigte Adolf Hitler am 10.November 1938, wie eiskalt, planmässig und berechnend die Vertreter der Monopole das Volk belügen – wie z.B. mit der Friedensdemagogie. Hitler sagte am 10.November:

"Wir haben uns ... einige Aufgaben gestellt in diesem Jahr, die wir durch unsere Propaganda – und hier darf ich die gegenwärtige Presse an die Spitze stellen – erreichen wollen.
Erstens die langsame Vorbereitung des deutschen Volkes selbst. **Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war ...** Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden reden musste. Es war nunmehr notwenidg, das deutsche Volk langsam umzustellen und ihm langsam klarzumachen, dass es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte aussenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach Gewalt zu schreien begann ... **Diese Arbeit hat Monate erfordert, sie wurde planmässig begonnen, planmässig fortgeführt, und verstärkt. ...** Viele waren der Meinung, das sei doch alles übertrieben. Das sind jene überzüchteten Intellektuellen, die keine Ahnung haben, wie man ein Volk letzten Endes zu der Bereitschaft bringt, gerade zu stehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt."

Ende des kalten Krieges?

Der Grundvertrag liegt nicht im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, des Friedens und der Einheit Deutschlands!

Reiseerleichterungen zwischen den beiden deutschen Staaten, kleiner Grenzverkehr für 6,5 Millionen Bewohner der Deutschen Bundesrepublik, höhere Freigrenze für Geschenkpakete usw. – wer meint da nicht auf den ersten Blick, der Grundvertrag brächte die versprochenen 'menschlichen Erleichterungen'? Der erste Blick darf kein kurzsichtiger Blick sein. Haben sich nicht viele von uns schon einmal durch Hitlers Autobahnbau, 'Arbeitsbeschaffungsprogramme', 'Kraft-durch-Freude-Schiffe' usw. blenden lassen über die wirklichen Ziele der deutschen Imperialisten?

Diese Ziele hiessen niemals Frieden und nationale Einheit, sie hiessen: neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte, Weltherrschaftsstreben und Krieg. Aus den 'Kraft-durch-Freude-Schiffen' wurden Kriegsschiffe, auf den Autobahnen rollten bald die Panzer der Hitler-Wehrmacht zu ihrem Eroberungskrieg. Mit 'menschlichen Erleichterungen' sollte schon einmal das deutsche Volk betrogen werden und vor den Karren der Grossmachtsstrategen der Herren Krupp, Siemens und Co. gespannt werden.

Auch der Grundvertrag Bonns mit der Regierung der DDR dient letzten Endes weder 'menschlichen Erleichterungen', noch dem Frieden und der Freiheit des deutschen Volkes. Er dient einzig und allein den Plänen der Imperialisten.

"Realistische Politik"?

Sind die Imperialisten 'realistisch' geworden, wie das die modernen Revisionisten in D'K'P und SED behaupten? Wie kommt es, dass fast die gesamte bürgerliche Presse im Westen freudig feststellt, dass keine CDU/CSU derartig viele Zugeständnisse auf Kosten der DDR erreicht hätte, wie die SPD/FDP-Regierung? Wie kommt es, dass die CDU/CSU kein Wort findet, um den Grundvertrag zu kritisieren, ausser gekünstelten 'Bedenken'? Wie kommt es, dass die Aktien an der Börse nach solchen Verträgen steigen?

Was ist das für ein Vertrag?

Brandt in seinem 'Bericht zur Lage der Nation' am 28. Oktober 1969:

"... (Das Ziel unserer Ostpolitik ist), dass die 60 Millionen und die 17 Millionen, das eine und das andere Wirtschaftspotential, von den Armeen nicht zu sprechen, zusammenkommen". Errichtung der Grossmacht Deutschland unter der Herrschaft der Krupp, Thyssen und Siemens – das ist das Ziel der Ostpolitik

Alle diese Punkte schlugen sich nun im Grundvertrag nieder. Das Kasseler Programm wurde erfüllt – aber nicht wie gleichberechtigte Staaten in Verhandlungen einigen. Über den 'Umweg' nach Moskau, durch das Komplott der imperialistischen Grossmächte des Westens mit den sowjetischen Sozialimperialisten, wurde die Kapitulation der DDR erreicht. Mit solchen Schachereien der Grossmächte über die Souveränität kleinerer Staaten in Europa soll also die sogenannte 'Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit' in Europa eingeläutet werden!

Europäische Un-Sicherheitskonferenz!

So sehen also Verträge aus, die angeblich der 'europäischen Sicherheit' dienen. Auch das Münchner Abkommen wurde 1938 von den imperialistischen Mächten Europas und der USA in dieser Weise hochgejubelt. Auch im Münchner Abkommen wurde die Souveränität eines kleinen Staates (der Tschechoslowakei damals) von imperialistischen Grossmächten an die deutschen Imperialisten verschachert.. Hitler hat nicht zweimal danke gesagt: 1 Jahr später stand Europa in Flammen.
Heute wird Westberlin verschachert, heute wird die Souveränität der DDR verschachert – wann wird diesen 'friedlichen Abkommen zur friedlichen Einverleibung' das Rasseln von Panzerketten folgen?

FÜR GLEICHBERECHTIGTE BEZIEHUNGEN ALLER STAATEN – GEGEN IMPERIALISTISCHE SCHACHERPOLITIK!

FUR DIE WAHRUNG DER SOUVERÄNITÄT ALLER STAATEN – GEGEN DIE IMPERIALISTISCHEN EINMISCHUNGSVERSUCHE!

Gefahr wächst!

Weiterhin wird festgestellt, dass Punkt 1 und 13 des Kasseler Programms nicht erfüllt wurden. Hier geht es aber um entschei- Probleme. Im Punkt 1 zur Frage der Einheit der Nation gedenkt Bonn eine Erklärung an Pankow (wie anlässlich des Moskauer Vertrages an Moskau) zu geben, in welcher die 'Wiedervereinigungspläne' der Bonner Revanchisten bekräftigt werden. Punkt 13 von Kassel behandelt die 'Rechtsungleichheit'. So sollen Fragen der 'Staatsbürgerschaft' und 'Vermögensfragen' offenbleiben. Es sind also Möglichkeiten offen, dass die Herren von Siemens und Krupp 'ihre' enteigneten Fabriken in der DDR wieder an sich reissen.

Auch die Forderungen von Stoph in Kassel sind vom Tisch, die die Beteiligung der BRD an geleisteten Reparationszahlungen der DDR (die DDR musste nach 45 einen Grossteil der Reparationszahlungen an das vom Hitlerfaschismus verwüstete Russland alleine tragen, weil sich der Bonner Separatstaat weigerte) und andere Folgen des Potsdamer Abkommens betrafen.

Die ganze Brüchigkeit dieses Grundvertrages kommt allein darin zum Ausdruck, dass im Artikel 9 festgestellt wird: früher abgeschlossene zwei- und mehrseitige internationale Verträge und Vereinbarungen werden durch den Grundvertrag nicht berührt".

Das heisst nichts anderes als: Auch die imperialistischen aggressiven Verträge von früher gelten nach wie vor. Weiterhin besteht die Gültigkeit des 'Deutschlandvertrages' zwischen Adenauer und den Westalliierten fort. Und genau dort ist die Rede im Artikel 7 von einem 'wiedervereinigten Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik (!) besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft (sprich EWG und NATO) integriert ist'.

**NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN REVANCHISMUS!
VÖLKERRECHTLICHE ANERKENNUNG DER DDR ALS SOUVERÄNER STAAT!**

....in die eigenen Hände!

Max Burghard, ein Revisionist der DDR-Führung, änderte kürzlich den Namen des 'deutschen Kulturbundes' in 'Kulturbund der DDR'. Damit unterstrich die DDR-Bourgeoisie ein weiteres Mal, dass sie über den Wunsch des Volkes nach nationaler

eines Herren Adenauer gewesen, das ist das Ziel der Ostpolitik eines Herren Brandt. Die Masken wechseln, die Männer im Hintergrund sind geblieben.

Wie gedenkt Brandt dieses Ziel zu erreichen? Bei den Treffen in Kassel und Erfurt legte er dem Ministerpräsidenten der DDR die sogenannten '20 Punkte von Kassel' vor. 20 Punkte, in denen die Kapitulation der DDR vor den Anmassungen Bonns gefordert wurde. Stoph lehnte damals ab. Er sagte, dass für eine Selbstverständlichkeit: nämlich die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, keine Gegenleistungen zu erwarten seien. Heute schreibt die bürgerliche Presse, dass das Kasseler Programm von Brandt zu 95% erfüllt worden sei. Wie war das möglich?

Voraussetzung für diesen Schacher, so heisst es allgemein, waren **die Verträge von Moskau und Warschau.** Was die Bonner Revanchisten von der DDR nicht direkt erzwingen konnten, liessen sie sich von den Moskauer Kremlzaren versichern:

1. Die Sowjet-Revisionisten liessen die sogenannte 'Feindstaatklausel' fallen; was genauer heisst: **Moskau wischt die Forderung nach Abschluss eines Friedensvertrages zwischen allen Staaten, die gegen den Hitlerfaschismus kämpften, und den beiden deutschen Staaten, vom Tisch.**

Die Forderungen des Potsdamer Abkommens: Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands, Ausrottung der Wurzeln des Faschismus usw. werden mit Füssen getreten. Das Potsdamer Abkommen war die Grundlage für einen **demokratischen** Friedensvertrag mit Deutschland gewesen. Die Imperialisten von Washington bis Moskau versuchen aber mit dem deutschen Imperialismus einen **imperialistischen** 'Frieden' abzuschliessen. Dazu berufen sie sich schändlicherweise noch auf das Potsdamer Abkommen (siehe z.B. 'Viermächteverantwortung'). Sie denken aber weder daran, dem westdeutschen Revanchismus wirksame Hindernisse für sein neues Vormachtstreben in den Weg zu legen, noch denken sie daran, ihre Truppen aus beiden deutschen Staaten abzuziehen.

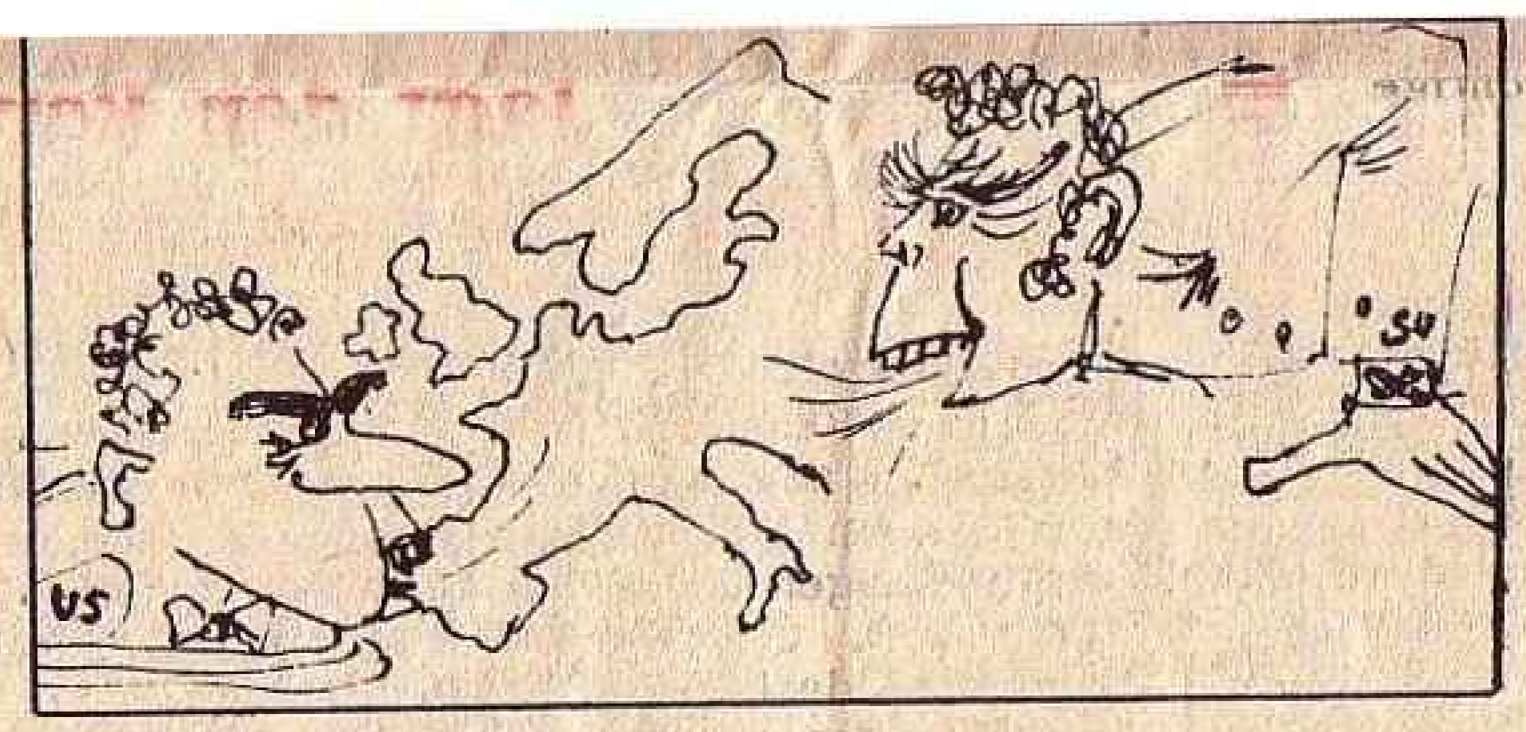
2. **Die Sowjet-Revisionisten lassen die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR fallen.**

3. **Die Sowjet-Revisionisten weichen vor den 'Wiedervereinigungs'plänen der westdeutschen Imperialisten zurück.** "... im Vertrag ist eben nicht von 'Unveränderlichkeit'", sondern von 'Unverletzlichkeit' aller Grenzen die Rede" (Staatssekretär Mischnik in Bonn). Im Moskauer Vertrag wird also grundsätzlich gebilligt, dass **der westdeutsche Imperialismus** die Teilung Deutschlands beseitigt.

Das deutsche Volk ist gegen die Spaltung Deutschlands. Das deutsche Volk hat aber keinerlei Interesse, den Herren an Rhein und Ruhr, den Generälen der Bundeswehr und den Notstandsplanern in Bonn die Wiedervereinigung zu überlassen. Eine solche 'Wiedervereinigung' kann weder dauerhaft noch friedlich und demokratisch sein. Die deutsche Bourgeoisie hat bereits einmal zur Genüge bewiesen, wie ihre Politik des 'Heim-ins-Reich' aussah. Diese Politik verwandelte Europa und Deutschland in einen Scherbenhaufen!

4. **Im Berlinabkommen wird den westdeutschen Ansprüchen auf weitere Einverleibung der 'Frontstadt' Westberlin stattgegeben.**

5. Die 'Sicherung' der DDR-Strassen nach Westberlin übernimmt Moskau, die Öffnung der Grenzen der DDR, die innenpolitischen Massnahmen der DDR wie Amnestie, Gesetzesänderungen, Ein- und Ausreisebedingungen für DDR-Bürger usw. **wird von Moskau mit einem Wink nach Pankow – entsprechend den Wünschen des Moskauer Partners Bonn – der DDR diktiert.**



Zwei Jahre lang verhandelten Bahr und Kohl. Jedesmal, wenn die Verhandlungen ins 'Stocken' kamen, eilten Bahr, Brandt oder Scheel nach Moskau. Kurz darauf kamen die Verhandlungen Bahr-Kohl wieder in Fahrt – über die souveränen Interessen der DDR hinweg! Und dann wagt es die Bundesregierung in ihrer 'Erklärung' zum Grundvertrag von gleichberechtigten Beziehungen zu sprechen. Es wird vom 'Ende des kalten Krieges' und dem Beginn einer Zeit des 'friedlichen Miteinanders' gesprochen. Dieser Grundvertrag aber legt den Keim für neue Spannungen und ist voller Widersprüche.

Widersprüche vertiefen sich!

Ein wichtiger Punkt war 'das Weiterbestehen der Verantwortung der Vier(mächte) bis zu einem Friedensvertrag'. Die '4 Mächte' erklären sich dazu in einem einzigen Satz. Einem Satz, in dem kein Wort über den Weg zum Abschluss eines Friedensvertrages (siehe oben) verloren wird. Was soll das also? "Das bedeutet eine neuerliche Absicherung der westlichen Präsenz in Westberlin. Das bedeutet aber auch, dass die juristische Klammer um das ganze Deutschland erhalten bleibt. Denn die Souveränitätsvorbehalte sind aufs engste verknüpft mit Verantwortlichkeiten für ganz Deutschland"; schreibt dazu der Kommentator der Ruhr-Nachrichten. Selbst wenn die Westmächte jetzt gezwungen sind, Botschafter mit der DDR auszutauschen, legen sie dennoch die Zange der 'Souveränitätsvorbehalte' über die DDR.

In Brüssel geben die Diplomaten der westeuropäischen Mächte klar zu erkennen, dass sie in der Verankerung der 'Viermächte-Verantwortung' ein Kontrollrecht der Supermächte sehen, die auf diese Weise die Entwicklung in Mitteleuropa und damit auch ganz Europa in der Hand behalten wollen.

Der WAZ-Korrespondent E. Hauser berichtet auch aus Brüssel, dass dort in der 'Viermächte-Erklärung' auch eine Möglichkeit gesehen wird, Bonn daran zu hindern, sich direkt oder indirekt (finanziell) an der Schaffung einer westeuropäischen Atomstreitmacht durch Zusammenlegung des britischen und französischen Atompotentials zu beteiligen. Die USA wolle ihre Kontrolle über die westeuropäischen NATO-Partner nicht verlieren.

Der Grundvertrag spiegelt aber auch die Widersprüche zwischen den verschiedenen bürgerlichen Staaten Europas wieder. Die Furcht vor einem '4. deutschen Reich' ist natürlich bei den kleineren Ländern am grössten. Auch in Paris werden Bedenken laut. Durch die Abgabe- und Zollfreiheit im innerdeutschen Handel hat die Bundesrepublik einen Vorteil innerhalb der EWG, den sie weiter ausnutzt, um ihre Vorherrschaftsstellung im gemeinsamen Markt der Monopole Europas auszubauen.

Einheit Deutschlands hinweggeht und lieferte dem westdeutschen Nationalismus und Revanchismus weitere Munition. (Brandt auf tausenden Wahlplakaten. **DEUTSCHE**, wir können stolz auf unser Land sein".) Burghard äusserte gleichzeitig – und das zeigt den ganzen Zynismus dieser Lakaien Moskaus – folgendes: "Wir sind nicht blind dafür, dass im Hintergrund aller Verhandlungen in der Bundesrepublik ein Rüstungsbudget von 24,5 Milliarden Westmark aufgebaut wurde, ein Betrag, der im Laufe von 10 Jahren um das zweieinhalbfache gewachsen ist".

Die sozialistische DDR war einst das Bollwerk gegen die imperialistischen und revanchistischen Angriffe auf die Länder Osteuropas, ein Garant für den Frieden wie Stalin, der grosse Beschützer und Freund des deutschen Volkes, sagte. Diese DDR der Arbeiter- und Bauernmacht gibt es nicht mehr. Die Arbeiterklasse in Ost- und Westdeutschland, alle friedliebenden und patriotischen Kräfte müssen die Sache der nationalen Einheit des Friedens und des Sozialismus in die eigene Hände nehmen. Nur unter Führung der deutschen Arbeiterklasse in Ost und West, nur durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats in beiden Teilen Deutschlands, kann ein friedliches, vereintes Deutschland entstehen, das die Völker Europas nicht fürchten müssen.

FUR EIN VEREINTES UND UNABHÄNGIGES SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Ceausescu zur Europäischen Sicherheitskonferenz

Paris: Nicolae Ceausescu hat in einem Interview mit der französischen Zeitung "Le Figaro" seine Vorstellungen von der europäischen Sicherheitskonferenz erläutert.

Ceausescu betonte, dass "alle Teilnehmerstaaten auf der Basis vollkommener Gleichheit an der Diskussion aller Themen beteiligt sein müssen. Er fordert die Respektierung der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränitäten, Nichteinmischung in interne Angelegenheiten der Länder sowie Verzicht auf Gewaltanwendung oder Drohungen.

Auf die Frage, was er für die Balkanstaaten erhoffe, sagte Ceausescu: "Wir hoffen, auf dem Balkan Beziehungen herstellen zu können, die es erlauben, aus diesem Gebiet eine Zone der aktiven Zusammenarbeit zu machen, die entnuklearisiert und frei von militärischen Basen ist." Er hoffe, dass dieser Zustand auf längere Sicht auf ganz Europa ausgeweitet werden könne.

Ähnliche Forderungen wurden auch in Dänemark, Norwegen, Schweden und anderen Ländern aufgestellt. Die US-Regierung versucht gegenwärtig einen entsprechenden Druck auf diese Länder auszuüben, wie umgekehrt auch die Sozialimperialisten auf Länder wie Rumänien und Jugoslavien.

Kapitalistisches

Das Land, wo der Weizen blüht und der Dollar rollt

Bei der Direktion des US-Automobilgiganten Chrysler löste ein Aufmarsch von etwa 8.000 Personen vor dem Werk in Highland Park in Detroit Erschrecken aus. Grund der Aufregung: Eine DetroiterZeitung hatte in einem kleinen Artikel gemeldet, der Konzern wolle neue Arbeitskräfte einstellen. Vor den Massenansammlungen Arbeitsloser ließ die Chrysler-Direktion das Einstellbüro schliessen. In den Köpfen der Autobosse werden allerdings gewisse Vorstellungsbilder wach; wenn sich ein Heer von Arbeitslosen vor einem Werk ansammelt...

10 bis 12 Millionen Arbeitslose – mit den Nichtregistrierten – gibt es derzeit in den USA. Sogar hochqualifizierte Techniker z.B. aus der jetzt zurückgehenden Raumfahrtindustrie, Akademiker aller Grade sind darunter. 35 Millionen Amerikaner, bei weitem nicht nur Farbige, vegetieren unter dem Existenzminimum. Die Arbeiter Westeuropas wissen leider noch wenig über die ständige Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe ihrer amerikanischen Kollegen.

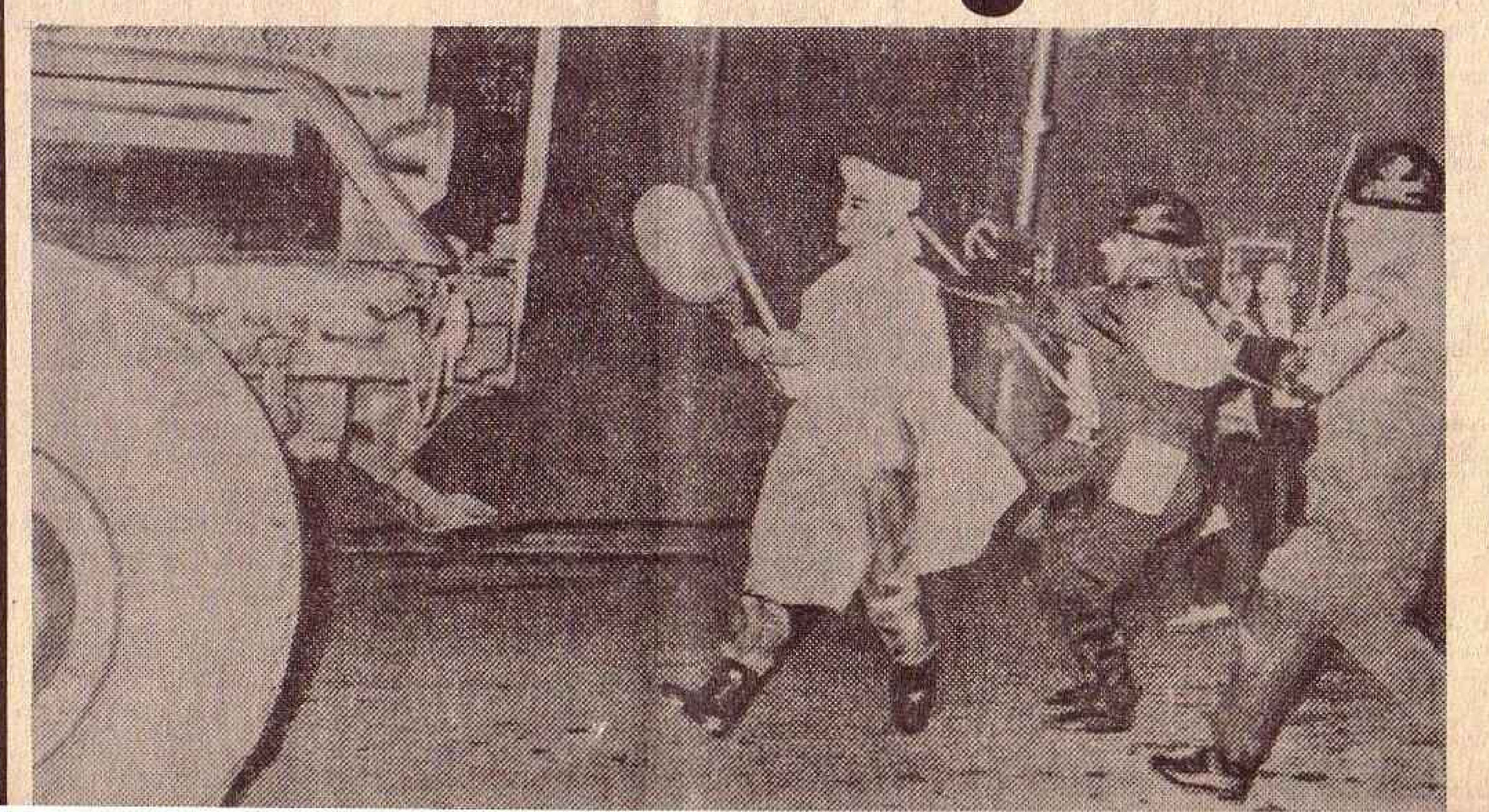
Ich wollt, ich wär' ein Hund...

In der Haftanstalt Neumünster werden für einen Gefangenen pro Tag 1,92 DM ausgegeben; für einen Polizeihund 3,50 DM.
Die Justizverwaltung schiebt den erheblichen Gewinn der Gefangenenarbeit ein. Die Häftlinge be-

DIE HAUPTTENDENZ IN D

9 Punkte-Abkommen unterzeichnen!

Lügenpolitik der US-Kriegsverbrecher



Meinung Kissingers noch geklä den müssen. Die US-Imperialist klären nach den Wahlen in USA froren, dass die 9-Punkte-Ve rung dadurch umgangen werden indem als "Zivilpersonen" v dete US-Militärs weiterhin die ner Söldnerarmee leiten solle Belieferung mit US-Kriegsm soll über "private Gesellsch erfolgen. Genauso wurde scho 1962 in Laos verfahren. Dort die "Zivile Luftfahrtgesellsch America", die dem amerikan Geheimdienst CIA gehört, Grossteil des Luftkrieges u Truppentransporte durch.

Die Pariser Verhandlungs tion der DRV hat eindeutig dass die Versuche des US-Imp mus, die 9-Punkte-Vereinbarun werfen, zum Scheitern verurtei Geheimverhandlungen werde mehr geben. Jetzt gehe es n darum, wo und wie das 9-Pun kommen unterzeichnet werde.

Der US-Imperialismus, die Ge Menschheit, gibt sich in In nicht geschlagen. Weiterhi er nicht nur die bereits ge te Politik der "Vietnami fort, sondern auch die Pol "verbrannten Erde" im Gei

kommen nur ein winziges Taschengeld.

Die Hausbrand feuerung war's...

Anfang Oktober wurde bekannt, daß in Alt-Schüren, einem Stadtteil Dortmunds, eine Frau 10 Tage lang infolge einer Tränensack-und Bindehautentzündung erblindete. Das Phönix-Werk von Hoesch liegt direkt bei Alt-Schüren und jagt allerlei Giftstoffe durch den Schornstein. Andere Anwohner leiden an einer "ansteckenden Allergie", wie die Ärzte sagen. Komisch, daß diese "Allergie" (Brennen der Augenlider) sofort geheilt ist, wenn sie für einige Tage aus dem Hoesch-Bereich herauskommen.

Nun hat die Stadt Dortmund seit einigen Monaten eine Kommission für Umweltschutz. Diese brütet gerade über der Frage, inwieweit die Hausbrandfeuerung zur Umweltverpestung beiträgt!. Für Hoesch sind alle Umwelt-Auflagen gestoppt worden. Es mußte ja noch bewiesen werden, daß man bei Kapitalisten schon mal "wirtschaftliche Vernunft" walten lassen kann. Vielleicht soll Hoesch ein günstiges Andenken an Dortmund bewahren, bevor die Firma ihre Hochöfen nach Holland verlagert.

Millionen aus Arbeitergroschen

"BILD" hat die Masche, sich als Zeitung des kleinen Mannes auszugeben. Aber:

1. Verbreitet "Bild" die giftigste Propaganda zum Schaden der Arbeiterschaft
2. Axel Cäsar Springer, Pressezar des größten westdeutschen Zeitungskonzerns, wird Jahr für Jahr um 100 Millionen DM reicher. Durchschnittliche Vorstandsbezüge: 512.000 DM pro Jahr.

Wo aber Millionen Arbeiter in den Tarifrunden ein paar Mark mehr wollen; da giften und geifern diese fetten Bosse!

Arbeiter, finanziert nicht Eure Feinde!

100 Personen wurden festgenommen und viele verletzt, als 10.000 japanische Demonstranten den Abtransport von Panzern und Militärfahrzeugen der US-Army nach Vietnam verhindern wollten. Sie blockierten die Straße zwischen dem US-Stützpunkt Sagami und der Hafenstadt Yokohama. 5.000 Polizisten wurden mehrere Stunden eingesetzt, um dem Militärkonvoi die Straße freizuprügeln.

Während Millionen Amerikaner am 7. November mit Illusionen auf baldigen Frieden zur Wahlkabine geschickt werden, erklärte Kriegsminister Laird in Paris: "Ich hoffe, dass ein Abkommen erzielt wird, doch ich will mich nicht auf einen Zeitpunkt festlegen." Nachdem das US-Manöver, die Veröffentlichung des 9-Punkte-Abkommens zu hintertreiben, druchkreuzt wurde, erklärte die Nixon-Regierung, dass nur noch in "Einzelfragen" Übereinkunft erzielt werden müsste. In Wirklichkeit zeigte sich, dass die Kriegsverbrecher in Washington und im Pentagon mit diesen "Einzelfragen" die gesamte Friedensregelung torpedieren wollen.

Die US-Regierung lässt Überschallbomber aus Beständen ihrer Marionetten in Südkorea und Taiwan nach Saigon kommen. 30 Grosstransporter vom Typ C 130, eine Unzahl Panzerfahrzeuge und Grosshubschrauber vom Typ CH-47 werden aus USA herangeschafft. Saigons Luftwaffe soll zur viertstärksten der Welt ausgebaut werden. Die Thieu-Clique soll kurz vor ihrem Zusammenbruch noch einmal aufgepäppelt werden.

Dazu erklärte Radio Hanoi: "Vor der Weltmeinung zeigt die Regierung Nixon ihr Gesicht als abgefeimter Kriegstreiber. Der Friedensschleier," den sie benutzte, war nur ein Trick, um ihre tatsächlichen Bemühungen um die Konsolidierung (Erhaltung, Festigung) derSaigoner Regierung zu tarnen und den Krieg zu verlängern, um Südvietnam dem Neokolonialismus zu unterwerfen."

Die weitere Unterstützung des Thieu-Regimes durch US-Waffen und US-Militärs nach der Unterzeichnung der Friedensregelung - das ist also eine der "Einzelheiten", die nach ...ers. Am Wochenende vor de... in USA warfen amerikanisch... verbrecher 2.000 Tonnen ... über der DRV ab. Dies war ... gaben des US-Oberkommando... gon die bisher grösste Men... halb von 24 Stunden seit Kr... bruch.

Die Völker der Welt vert... US-imperialistischen Lüg... nicht. Nicht am Verhandl... wird der Frieden "erkämpf... die Sowjetrevisionisten sch... behaupten. Der unaufhaltsam... brochene Befreiungskampf d... namesischen Volkes wird ... Imperialismus zwingen, sei... tulation, die dauerhafte Fr... gelung, zu unterschreiben!

SIEG IM VOLKSKRIE...

Pham van Dong in einem Interview mit "Newswee...

Für einen schnellen und gerechten Frieden.

Der Ministerpräsident der DRV, Genosse Pham Van Dong, erklärte in einem Interview mit der amerikanischen Zeitung "Newsweek" in Hanoi:

Zur Frage, welche Auswirkungen auf die Friedensregelung die Minenblockade und Bombenangriffe auf Nordvietnam gehabt hätten ...

Antwort: "Ich nehme an, daß Sie selbst erlebt haben, wozu wir in der Lage sind. Tausende von Lastkraftwagen sind unterwegs. Unsere Düsenjäger patroullieren ständig am Himmel. Das haben Sie alles mit eigenen Augen gesehen. Trotz eines schrecklichen Bombenhagels aus der Luft haben wir unvorstellbare Hindernisse bewältigt. Wir sind auch auf dem Wege, die restlichen Hindernisse noch zu überwinden".

Zur Frage, ob die "Vietnamisierungspolitik" der USA gescheitert sei ...

Antwort: Die amerikanische Presse hat selbst geschrieben, daß sie vollkommen gescheitert sei.

Zur Frage, ob es stimmt, daß die Armee Saigons heute in einer stärkeren Position sei als vor dem Beginn der Offensive der Befreiungsstreitkräfte am 30.März ...

Antwort (lachend): "Sie müssen auch noch andere Artikel lesen. Die Weltpresse ist in diesem Punkt einig. Die Tatsache, daß die USA gezwungen waren, eine totale Blockade zu verhängen und massive Bombenangriffe durchzuführen, war ein ausreichender Beweis. Unglaubliche Mittel wurden gegen uns angewandt, und das ist ein deutlicher Beweis für das Scheitern".

Zur Frage, in welchen Punkten es Übereinstimmung mit Washington gibt bezüglich der Zusammensetzung und Amtszeit einer dreiseitigen Treuhandregierung als Übergangslösung ..

Antwort: Die Verhandlungen befinden sich in einer äußerst bedeutenden Phase. Wir haben alles Menschenmögliche für einen erfolgreichen Abschluß getan. Und dieser bedeutet Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit. Dafür haben wir beinahe drei Jahrzehnte gekämpft. Wir haben ernste Absichten. Das gleiche muß auch für die andere Seite gelten. Eine friedliche Regelung muß für beide Seiten gerecht sein — und darf nicht nur vorübergehenden politischen Zielen dienen. Das werden wir nicht zulassen, und wir werden dagegen kämpfen. Doch wir werden nichts tun, was einen positiven Abschluß in dieser Etappe gefährden könnte, indem wir außer der Reihe Gespräche führen".

Weiterhin stellte Pham Van Dong zur gegenwärtigen Entwicklung fest:

"Man muß akzeptieren, daß es zwei Verwaltungen (in Südvietnam) gibt, die jeweils ihre eigenen Gebiete unter Kontrolle haben. Das ist eine unleugbare Tatsache. Jeder muß diese Sachlage respektieren ...

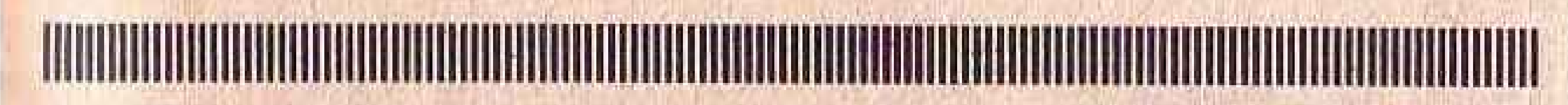
Es wird zwei Armeen und zwei Verwaltungen im Süden geben (nach dem Waffenstillstand und dem Abzug der USA — RM), und in Anbetracht der neue... werden sie (die beiden P... im Süden) ihre eigenen Pl... eine zeitweilige Übergan... tion machen und die S... nach dem Abzug der Ame... entschärfen müssen. Sie ... Pläne ausarbeiten, die di... kratie fördern und die na... Eintracht im Süden besch... herbeiführen werden, den... sie wird es keinen Frieden ... Es ist wichtig, die Fr... zu den allgemeinen Wahlen ... vietnam — RM) genau zu p... ren und nichts in der Schw... lassen. Irgendjemand ha... Frist von sechs Monaten z... Feuereinstellung und allge... Wahlen vorgeschlagen, u... erscheint uns vernünftig.

Pham Van Dong stellte fest: "Alle militärischen ... vilen Gefangenen auf beid... ten, nicht nur die Amer... müssen zum gleichen Ze... freigelassen werden. Für u... es bei diesem Problem jetz... Schwierigkeiten".

R WELT IST REVOLUTION

WILL DIE USA-REGIERUNG WIRKLICH DIE VIETNAMFRAGE FRIEDLICH LÖSEN ODER WÜNSCHT SIE DIE VERLÄNGERUNG DES AGGRESSIONSKRIEGES? – DIE USA-REGIERUNG WIRD MIT DER TAT DARAUF ANTWORTEN!

Aus der Erklärung der Regierung der Volksrepublik China vom 30. 10. 72



Auszüge aus dem Kommentar der Zeitschrift "Renmin Ribao", Peking, 30.10.

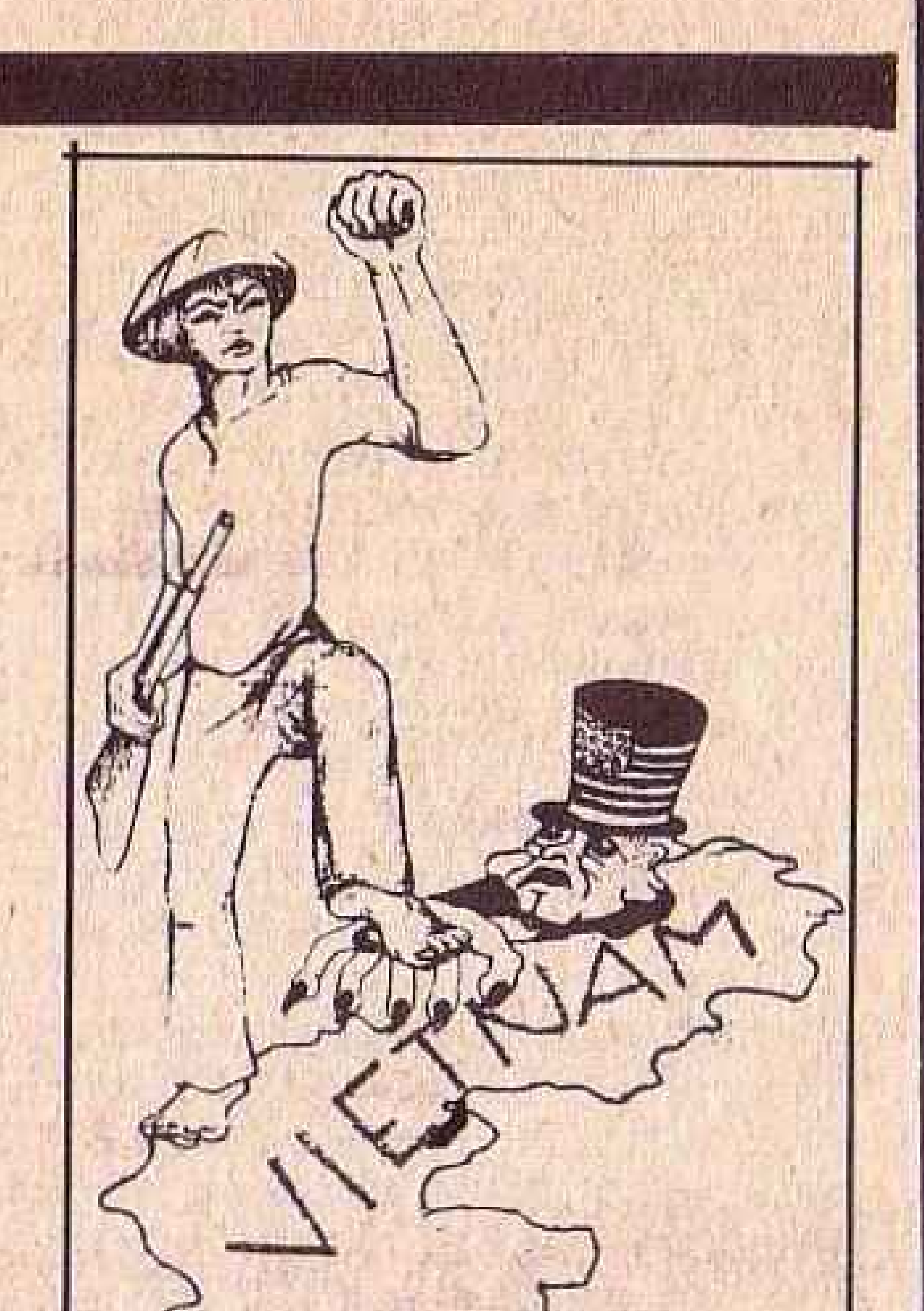
"...Mit seinen tollwütigen Angriffen gegen das Abkommen verfolgt Nguyen Van Thieu das Ziel, den Aggressionskrieg der USA in Vietnam zu verlängern, seine faschistische Repression gegen die südvietnamesische Bevölkerung zu verschärfen, die reaktionäre Herrschaft der USA-hörigen Marionettenclique im Süden Vietnams zu festigen und Vietnam möglichst lange gespalten zu halten.

In seiner Ansprache vom 24.Oktober erhebt Nguyen Van Thieu rücksichtslos das Geschrei; er werde eine sogenannte Gesetzesordnung zustande bringen und dem Volk die demokratische Aktivität nie verwehren. Ferner faselte er, dass der in Kraft getretene Belagerungszustand dies gewährleisten würde. ... Um das Abkommen umzustossen, gab sich Nguyen Van Thieu alle Mühe, um sich als Betrogener zu tarnen, indem er sagte, dass das Abkommen von der USA-Regierung hinter seinem Rücken mit der Regierung der DRV vereinbart wäre. Die USA-Regierung ihrerseits verbreitete auch die Lüge; dass sie scheinbar keine Zeit hätte; mit der Nguyen-Van-Thieu-Clique beraten zu können. All dies ist ganz und gar lächerlich und unhaltbar.

Bereits am 10.Februar dieses Jahres betonte der amerikanische Präsident Nixon: "Jeder Vorschlag, den wir in Paris unterbreitet haben, bedeutet einen gemeinsamen Vorschlag von der südvietnamesischen Regierung und der USA-Regierung. Jeder unserer Vorschläge ist durch Beratungen und nach Anhörung der Meinung der südvietnamesischen Regierung und der USA-Regierung gemacht worden".



Radio Tirana sendet Kommentar aus der Zeitung "Zeri i popullit": Tirana; 2. 11. 1972:



DEN KAMPF DER



INDOCHINESISCHEN VÖLKER NOCH ENTSCHLOSSENER UNTERSTÜTZEN!

In seiner Erklärung vom 3.7.72 rief das Politbüro der KPD/ML (siehe RM 13/72) auf, den Kampf zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes auf der richtigen Linie zu organisieren. Damals wuchs die Empörung im deutschen Volk aufgrund der verbrecherischen Verminung des Hafens von

Revisionistisches

Da liegt der Hund begraben

Notiz aus dem Tagesspiegel vom 12.8.72

"Zu einer ungewöhnlichen Entscheidung zugunsten des früheren faschistischen Diktators Benito Mussolini hat sich der aus Sozialisten und Kommunisten zusammengesetzte Stadtrat von Predappio in Mittelitalien durchgerungen. Er beschloss, Mussolinis Grab wieder ordentlich herzurichten. Das Grabmal des 1945 ermordeten Diktators war im Dezember vorigen Jahres durch einen Bombenanschlag beschädigt worden. Seitdem war die Grabstätte für Touristen gesperrt. Jetzt gab der Stadtrat dem Druck der am Tourismus interessierten Geschäftsleute nach".

Vor solchen 'Sozialisten' und 'Kommunisten' wie den arbeiterverräterischen 'Links'-parteien Italiens ist das 'dolce vita' der italienischen bürgerlichen Klasse sicher. Gäbe es in Italien nicht auch Massenstreiks, Fabrikbesetzungen, Hausbesetzungen, offensive antifaschistische Kämpfe, mächtige Demonstrationen und wirkliche Kommunisten, dann würde kein Schatten das Ausbeuterglück der Agnelli, Orsini, der Vatikanbankiers und der Mafiosi stören!

Export...

Das gesellschaftliche System Jugoslawiens ist alles andere als sozialistisch. Hunderttausende Arbeiter müssen im Ausland arbeiten; trotzdem ist die Arbeitslosenzahl in Jugoslawien sehr hoch.

Jugoslawien exportiert aber nicht nur Arbeiter ins Ausland, sondern auch Waisenkinder. Das wurde bei dem Mailänder Kongreß über die Adoptionspraxis festgestellt. Wie auch die Belgrader

"...All das beweist ein weiteres Mal, dass die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus sich nicht verändert hat und dass er der geschworene Feind des vietnamesischen Volkes, seiner Freiheit und nationalen Unabhängigkeit war und bleibt. Wenn das vietnamesische Volk seine Kampfentschlossenheit lebendig und ungebrochen und sein revolutionäres Heldentum hochhält, wird es zweifellos den amerikanischen Aggressoren und ihren Komplizen neue und stärkere Schläge versetzen, sämtliche militärische Abenteuer und diplomatische Manöver des US-Imperialismus zunichte machen, wird es immer vorwärts schreiten, um den vollen Sieg über den Feind zu erringen".

Aus der Erklärung der Regierung der VR China: Peking; 30.Oktober:

"...Die USA-Regierung soll ihr Wort halten und zwar so schnell wie möglich das mit der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam bereits vereinbarte Abkommen unterzeichnen. Sollte die USA-Regierung trotz des dringenden Anliegens des vietnamesischen Volkes; des amerikanischen Volkes und der übrigen Völker der Welt den Vietnamkrieg sobald als möglich zu beendigen; den Aggressionskrieg in die Länge ziehen, wird sie die Suppe selbst auslöffeln. Der Standpunkt der Regierung und des Volkes von China, das vietnamesische Volk in seinem gerechten Kampf zu unterstützen, ist unverrückbar. Solange der USA-Imperialismus den Aggressionskrieg gegen Vietnam fortsetzt, wird das chinesische Volk seine internationalistische Pflicht erfüllen und mit allen Kräften das vietnamesische Volk in seinem Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression und zur Rettung des Vaterlandes weiterhin unterstützen, bis der endgültige Sieg errungen ist".

Hört die revolutionären Sender!



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 5o Meter
21.30 - 22.00	41 und 5o Meter
23.00 - 23.30	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.00 - 19.3o	Immer: 43.7, 42.8
21.00 - 22.00	und 26.2 Meter

Haiphong und dem zunehmenden Bombenterror der US-Killer, die sich so gegen die Offensive der Befreiungsstreitkräfte vom 30.März zu wehren suchten. In dieser Situation versuchten revisionistische Kräfte, die Bewegung gegen den US-Imperialismus in ihr abwieglerisches Fahrwasser zu ziehen. Sie propagierten die Verwischung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus und forderten auf, die Propagierung des siegreichen Volkskrieges und des Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus einzustellen.

Gerade aber in der damaligen Situation wurde offensichtlich; dass die 'brüderliche Hilfe' der Sowjetunion eine scheinheilige Hilfe war. Die Sozialimperialisten in Moskau hatten kurz zuvor im Gipfeltreffen zwischen Breshnew und Nixon, sowie beim Abschluss verschiedener militärischer Abkommen auch die Politik des 'teile und herrsche' über Indochina abgesprochen.

Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation. Die Empörung des deutschen Volkes über die ständigen Manöver der US-Imperialisten, die Friedensregelung für Indochina zu umgehen, wächst von Tag zu Tag. Die Sozialimperialisten nehmen weiterhin den Kriegsverbrecher Nixon in Schutz und versuchen Druck auf die Völker auszuüben, sich den "Vorschlägen" bzw. der "politischen Regelung" im Sinne der beiden Supermächte zu unterwerfen. Auch heute gilt daher die vom Politbüro der KPD/ML festgelegte Linie. Führen wir so einen entschlossenen Kampf zur Unterstützung des Freiheitskampfes der Völker Indochinas:

1. Kampf dem US-Imperialismus und allen seinen Lakaien. Sofortige Unterzeichnung der 9-Punkte-Vereinbarung! Sofortiger Abzug der US-Truppen! Keine weiteren Einmischungen in die Angelegenheiten des vietnamesischen Volkes.

2. Sieg im Volkskrieg! Weg mit der Marionette Thieu!

3. Kampf dem Komplott der Supermächte gegen den Freiheitskampf der Völker! Nieder mit dem Rogersplan, dem Plan des "teile und herrsche" der Supermächte über Nahost! Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremden Territorien!

4. Es lebe die VR China, das starke Hinterland des vietnamesischen Befreiungskampfes! Nieder mit den aggressiven Plänen der Sozialimperialisten gegen die VR China!

5. Kampf den Supermächten im eigenen Land! Ausländische Truppen raus aus Deutschland! Weg mit NATO und Warschauer Pakt!

6. Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus, dem Komplizen des US-Imperialismus! Schluss mit den Devisen- und Lastenausgleichszahlungen Bonns zur Unterstützung des US-Aggressionskrieges! Abbruch der Beziehungen zur Marionette Thieu und sofortige Aufnahme der Beziehungen zur Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams!

7. Keine Aktionseinheit mit revisionistischen und trotzkistischen Organisationen! Freiheit der kommunistischen Propaganda! Kampf jeder pazifistischen Haltung!

Genossen, kämpft in diesem Sinne für die weitere Unterstützung des indochinesischen Freiheitskampfes. Verbindet den Kampf im Geiste des proletarischen Internationalismus mit dem Klassenkampf im eigenen Land. Tragt die Losungen dorthin, wo die Massen in Bewegung geraten, vor allem in die Arbeiterklasse. Arbeitet verstärkt in jenen Organisationen mit, in denen kurzfristig ein Kampf in diesem Sinne möglich ist.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Zeitschrift "Nin" bestätigt, machen Vermittler, z.B. Belgrader Anwälte, pro Kind einen Schnitt von über 3.000 DM. Der Menschenhandel reißt nicht ab, weil die Zahl der ausgesetzten Kinder allein in der Provinz Serbien auf 16.000 geschätzt wird. Die Gemeinden und Kinderbewahranstalten sind heilfroh, wenn die Kinder irgendwie an Auftraggeber bzw. kinderlose Ehepaare im Westen verschwinden. "Nin" vermutet sogar, daß auf Bestellung Kinder geboren werden.

Milliardengeschäft UdSSR-USA

Die US-Mineralölgesellschaft Occidental Petroleum Company ist von der Sowjetunion zur Prospektierung, Förderung und Vertrieb von Rohöl und Erdgas, zur Erzeugung von Kunstdünger und Chemikalien, zur Bearbeitung von Metallen und zur Verwertung von Abfällen zugelassen worden. Armand Hammar, Präsident der Occidental, gab bekannt, daß das Abkommen jederzeit auf andere Bereiche ausgedehnt werden kann. Hammar hält es für denkbar, daß später noch ein Konsortium europäischer und amerikanischer Unternehmen eingeschaltet wird.

Hier geht es nicht um normale Handelsbeziehungen, sondern darum, dass die heutigen Führer der Sowjetunion alle Tore sperrangelweit aufreissen, um westliches Kapital ins Land zu lassen. Die sowjetischen Arbeiter "dürfen" jetzt zusehen; wie aus den Bodenschätzen des Landes und ihrer Arbeitsleistung Milliardenprofite für ausländisches Kapital entstehen.

Während viele andere bürgerliche Regierungen aus Selbstbehauptungswillen das US-Kapital hinausdrängen wollen, empfangen die Führer des neuen Bürgertums in der SU amerikanisches, westeuropäisches und japanisches Kapital mit offenen Armen. So werden sie Schritt für Schritt weitergehen, bis ein zweites 1917 kommt!

NIXON'S „SIEG"

Nur 56% Wahlbeteiligung\Wahl zwischen Teufel und Beelzebub

61 Prozent der Stimmen für Nixon; 38 Prozent für Mc Govern bei den Präsidentschaftswahlen in USA. 44 Prozent der Wähler wollten weder von Nixon noch Mc Govern etwas wissen und wählten nicht.

Der hohe Wahlsieg für Nixon erstaunt viele bei uns. Nun, zunächst sieht es so aus, dass von 100 Wahlberechtigten ungefähr 34 Wähler für Nixon gestimmt haben. Unter diesen 34 ist wiederum ein Grossteil von Wählern, der auf die verbrecherische Lügenpolitik Nixon's hereingefallen ist: Auf das Manöver vom baldigen Friedensschluss. Rechnet man noch jene ab, die morgen bereits erkennen werden, dass der 'starke Mann' den sie in Nixon sehen, ein Mann ihrer weiteren Verelendung und Unterdrückung ist, so bleibt schliesslich die Bourgeoisie weitgehend unter sich. Die Basis Nixon's im Volk ist alles andere als stark!

Dass der 'Demokrat' Mc Govern derart abblitzte, verwundert nicht. Mc Govern hatte sich ein reformerisches und friedfertiges Gewand umgehängt, bald galt er als 'Honest George' (der anständiger Georg), als Prediger aus South-Dekota. Viele fortschrittlich gesinnte Jugendliche und Studenten aus der amerikanischen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung erwarteten von ihm den Durchbruch zu einem neuen Amerika des Friedesn und der Reformen. Kurzum, Mc Govern trat auf wie ein Willy Brand.

Er versprach den Armen mehr Wohlfahrtsunterstützung, liess das Versprechen aber schon vor der Wahl fallen, damit es die herrschenden Kreise nicht gar ernst nehmen. In einer Tour verwässerte er seine angeblich 'radikalen' Reformprogramme. Die Grundlagen des kriegerischen Imperialismus, den er in Worten bekämpfte, das kapitalistische Ausbeutersystem, griff er in keiner Weise an. Angesichts der elenden Wirklichkeit in den USA wirkte der Erlöser aus der Prärie, Mc Govern, nicht mehr. Die entschiedenen Demokraten und klassenkämpferischen Kräfte hielten sich vom Wahlrummel fern. Mc Govern konnte denn auch nur 38 Prozent der abgegebenen Stimmen einsammeln.

Mögen auch etliche der kriegsunwilligen Soldaten und der Afroamerikaner in den Ghettos Mc Govern ihre Stimme diesmal noch gegeben haben: Der täglich weiterschreitende Untergang des US-Imperialismus lässt ihnen keine andere Wahl als den gewaltsamen Klassenkampf. Die afroamerikanische Bewegung, die schon heldenhaft gegen die Polizeibüttel Wallstreets kämpfte, befreit sich von den pazifistischen und revisionistischen Elementen, die sich in letzter Zeit eingeschlichen haben.

Die Jugend hat die Erschiessung der 4 Kriegsgegner von Kent nicht vergessen. Vor den Arbeitslosen- und Wohlfahrtsempfängerstellen drängen sich die Massen. Es kommt zu Unruhen und gewaltsamen Aktionen Streiks in Fabriken, Sabotagefälle in Rüstungsbetrieben, Attentaten auf Militäreinrichtungen.

Amerika ist nach wie vor das Land der 'unbegrenzten Möglichkeiten' - unbegrenzt' wie die Kraft und der revolutionäre Wille, der im amerikanischen Volk heranreift. Die nächsten 4 Jahre Nixon's werden sicher keine Jahre des 'Burgfriedens' werden.

Sowjetrevisionisten verdienen am Krieg

Die großaufgemachte "Hilfe" der sowjetischen Sozialimperialisten für das vietnamesische Volk und die Völker Indochinas unterscheidet sich in ihrem Wesen nicht von der "Hilfe" Moskaus gegenüber den arabischen Ländern. Dort wurde nur deutlicher, welch "selbstlose" Absichten hinter den sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten standen. Die Sozialimperialisten unterstützen auch offen den "Rogers-plan", der ein Plan der beiden Supermächte zur Aufteilung und Unterdrückung des Nahen Ostens ist. Auch in Indochina versuchen die Kremlzaren, mit dem untergehenden US-Imperialismus ins Geschäft zu kommen – auf Kosten der Völker!

Dabei scheuen sie sich nicht, mit den Marionetten des US-Imperialismus zusammenzuarbeiten. So halten sie bekanntlich immer noch offizielle Beziehungen mit der US-Marionette Lon Nol in Kambodscha aufrecht. (55 Botschaftsangehörige in Pnom Penh). Wie weit diese "Beziehungen" im Einzelnen gehen, darauf deutet ein Artikel aus der liberal-bürgerlichen Zeitung Le Monde vom 21.10. hin:

"Was soll man von der konkreten Hilfe Moskaus an das Regime in Phnom Penh denken, wenn sie dessen benötigtes (Kriegs-) Material versichern? Tatsächlich werden die Tausende von Tonnen amerikanischer Hilfe, die den Mekong-Fluß unter südvietnamesischem Marine- und Luftwaffenschutz heraufkommen, von der Nationalen Kambodschanischen Versicherungsgesellschaft (SNA) versichert, die ihrerseits von den Sowjets rückversichert wird. Diese Information hätte geheim bleiben können, wenn nicht der amerikanische Kongreß Nachforschungen über diesen Gegenstand amerikanischer Hilfe an Kambodscha angestellt hätte. Die Kommission für Regierungsunternehmen, geleitet von Senator Moorhead, hat dieses heikle Thema aufgegriffen. Die Untersuchungskommission ... hat aufgedeckt, daß ein Teil der amerikanischen Produkte für Kambodscha von einer staatlichen Gesellschaft der Sowjetunion rückversichert wird. Die Ve[rant]wortlichen der kambodschanischen Ve[r]sicherungsgesellschaft sind sehr übe[r]rascht, daß die sowjetische Teilnahme a[n] diesem Geschäft von einer amerikanische[n] Quelle aufgedeckt wurde. Sie sagen: "Di[e] Russen können diese Zusammenarbeit nu[r] sehr schwer fortsetzen, wenn diese Frag[e] öffentlich diskutiert wird". ... "Der Krie[g] ist eine gute Sache für uns", erklärt[e] jedenfalls einer der Verantwortlichen de[r] SNA. Die allgemeinen Zahlenangaben ... zeigen, daß sich die Profite der Sowjet[s] seit Beginn des Krieges 1970 erhöht ha[]ben. 1969 waren die Nettogewinne de[r] SNA 22,5 Millionen Riel, sie fielen 197[0] auf 18,8 Millionen Riel, um 1971 auf 27,[] Millionen Riel zu steigen. Der Krieg hat, wie die Führer der SNA sagen, gewisse[r]maßen die Wirtschaft Kambodschas ze[r]rüttet, aber er hat auch neue Profitquelle[n] geschaffen".

Der endgültige Sieg der kambodschanischen Volksbefreiungsstreitkräfte, die heute bereits 90% Kambodschas befreit haben, wird nicht nur den US-Imperialisten, sondern auch den Sozialimperialisten eine Niederlage bringen. Den Kriegsgewinnlern im Kreml blüht das gleiche Schicksal wie ihren amerikanischen Bundesgenossen.

'Ruhestörer'

Vor den Wahlen entdeckt die SPD ganz auf die Schnelle ihr Herz für die Arbeiter. SPD-Bonzen halten Versammlungen in Arbeitervierteln ab, sie reden 'volkstümlich' über Miet- und Heizprobleme. Sie schimpfen, daß es in diesem Viertel keinen Kindergarten, kein Jugendfreizeitheim und keine Kneipen gibt.

So lief es auch in München-Freimann. Ein CSUler hob zu einer Rede an, er wurde aber dauernd von

Märchen erzähler

Vorweg: Die Wahl-Veranstaltung der D'K'P in der Kleinstadt Roth beu Nürnberg war ein Erfolg - für die KPD/ML. Am 1. November gingen wir, 5 Genossen der KPD/ML zu dieser Veranstaltung. 40 Leute waren gekommen. Wir konnten nicht zulassen, dass den versammelten klassenbewussten Arbeitern, Jungarbeitern und Lehrlingen Märchen über den angebli-

"Schieber"

Der Königsplatz ist mit doppelten Hamburger Gittern abgeriegelt. Polizeistaffeln und CSU-Ordnerbullen stehen in Haufen herum. Die CSU hat Angst - mit Recht. Es war klar, dass das reaktionäre Geschwätz nicht hingenommen wird"

1/3 der anwesenden Massen bestand aus CSU-Anhängern. Die anderen waren gegen Nazi-Strauss, oder sie wollten sich ihn spasseshalber anhören.

Arbeitern gestört und durch sattige Bemerkungen unterbrochen. Da forderte der SPD-Karrieremacher die 'Ruhestörer' zur Ruhe auf, damit sein Kollege von der CSU reden könne. Dann nannte einer den anderen einen Kapitalistenknecht. Der CSUler brachte etwas von der Verbindung der SPD mit dem äußerst finanzkräftigen DGB, der SPDler ritt auf der Verbindung CSU-Flick herum. Der SPD-Bonze kramte einmal sogar seine Kenntnisse von Karl Marx hervor.

Auch auf Frühschoppen lassen sich SPD-Kandidaten blicken. Einige Freunde der KPD/ML beteiligten sich in München bei einer solchen Gelegenheit sehr zum Ärger des SPD-Sprechers. Als dieser von der 'Inneren Sicherheit' schwärmte, stand ein Genosse auf und erklärte an schlagenden Beispielen, daß sich unter diesem Begriff die brisantesten arbeiterfeindlichen Notstands- und Bürgerkriegsvorbereitungen des Kapitals verbergen (z.B. verschärfte Ausländergesetze, Manöver des Bundesgrenzschutzes mit Übungen wie Fabrikbesetzung, in Spannungsgebieten eingreifen usw.). Die Arbeiter wollten von dem Genossen alles genau hören. Andere Genossen gingen anhand von Beispielen aus dem Stadtteil der SPD hart ans Leder. Als wir noch auf das Jugendheim, die Schulraumnot, die elende Krankenversorgung für den kleinen Mann eingingen, wußte sich die SPD nicht mehr anders zu helfen: In die Enge getrieben und blamiert stellten sie das Mikrophon ab, ein Armutszeugnis für sie.

Eine SPD-Wortführerin entschuldigte sich bei einem Genossen: "Wir von der Stadtteilgruppe der SPD wissen einfach nicht mehr, wie wir mit der KPD/ML fertig werden sollen".
Die Arbeiter nahmen unsere Angriffe auf die SPD beifällig auf. "Jetzt muß ich auch mit den Maoisten reden" sagte ein Rentner und setzte sich zu uns. Ein Arbeiter meinte: "Ein Kommunist bin ich nicht aber gut habt ihr es gemacht; das mit der SPD".

chen "'Sozialismus" in der heutigen UdSSR und DDR erzählt wurden. Schliesslich sitzt in diesen Ländern heute eine neue bürgerliche Klasse den Arbeitern und Werktätigen im Genick. Und wenn Bundestagskandidat Hermann Müller von der D'K'P behauptet, dort drüben herrschten die Arbeiter und Bauern, dann will er nur eines: Den Arbeitern bei uns den Kampf für die Revolution und den wirklichen Sozialismus vermiesen.

Als wir Müller über die angebliche "Friedenspolitik" von Brand und Breschnew zur Rede stellten und aufzeigten, wer "drüben" die Macht in Wirklichkeit hat - da ergriffen sofort acht Zuhörer - meist Soldaten - Partei für uns.

Der Genosse redete weiter; da versuchten ihn die D'K'P-Funktionäre zu unterbrechen. Als sie aber sahen, dass noch einige D'K'P-Mitglieder Beifall zu klatschen begannen; wagten sie nicht; uns das Wort zu nehmen. Widerwillig machten sie den Vorschlag, doch eine Rednerliste zu führen. Dass wir darauf einwilligten, war ein Fehler. Jetzt konnten wir jeweils nur noch wenige Sätze sagen.

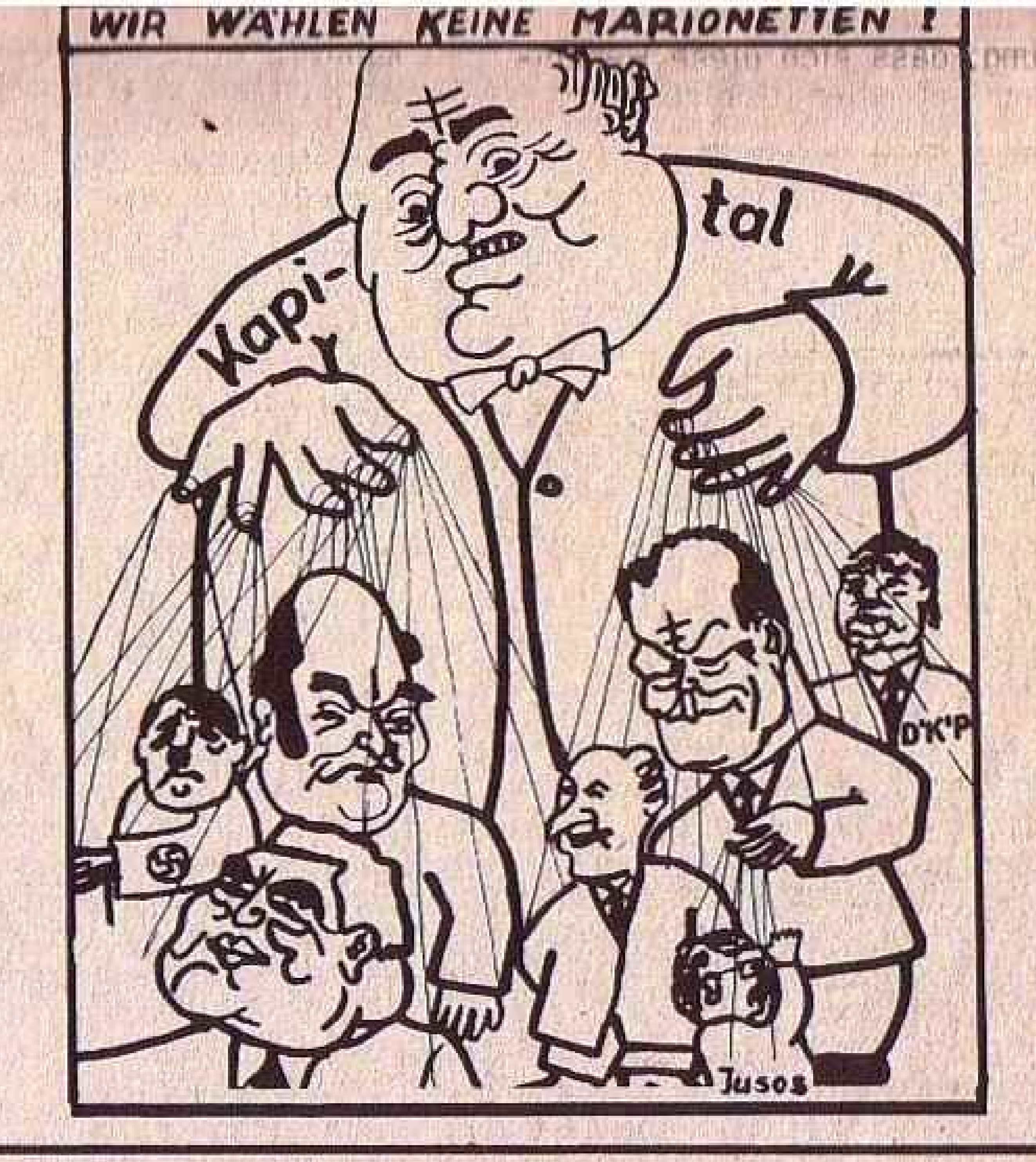
Als schliesslich die Bundeswehrsoldaten aufbrechen mussten, verteilten wir im Hinausgehen den ROTEN MORGEN. Wütend griffen die Saalordner der SDAJ (Jugendorganisation der D'K'P) unsere Genossen an und versuchten, die ROTEN MORGEN zu entreissen. Auch einem Arbeiter, der mit uns hinausging, fetzten sie die Uhr vom Arm. Der Kollege wollte Schadensersatz und holte deshalb die Polizei. Die D'K'P-Funktionäre versuchten uns daraus gleich wieder einen Strick zu drehen, als ob wir die Bullen zu unserem Schutz brauchten. Zwei Arbeiter, die mit uns "hinausgegangen" wurden, sagten: "Wir sind als Freunde der D'K'P gekommen, jetzt gehen wir mit euch, mit der KPD/ML!

Die Veranstaltung eröffnete Oberschieber Müller (der unlängst erst den Futtertrog gewechselt hat und von der SPD zur CSU überlief). Prompt kam aus der Menge: "DU alter Schieber!" **Wir griffen das sofort in Sprechchören auf: "Schieber! Schieber!" und dann: "Schieber-Parlament!" Viele schrien begeistert mit.**

In Sprechchören und auf Transparenten kamen unsere Parolen unter die Massen: "Strauss und Brand - ans Band", "Strauss; Brand und ihre Kumpane erschrekken vor Streiks und der roten Fahne", "Weg mit Strauss, weg mit Brand, alle Macht in Arbeiterhand".

Unter den vielen Tausenden waren wir doch noch eine kleine Gruppe. Also zogen wir mit unseren Transparenten und prechchöre rufend als Demonstration durch die Massen der Zuhörer; um alle zu erreichen. Aus unserem Marsch suchten wir vergebens nach den D'K'P-Führern, die ja sonst nichts besseres zu tun wissen, als ständig vom "Rechtskartell" unter Führung von Strauss und von der CDU/CSU als "Partei der Monopole" zu reden. Was sie damit bezwecken ist, von den reaktionären Massnahmen der SPD abzulenken, die genauso "Partei der Monopole" ist, wie die CDU/CSU.

Jetzt waren nur vereinzelt D'K'P-Mitglieder anzutreffen; die schüchtern mitpfiffen. Die Bonzen aber hatten sich verkrochen. Sie halten sich ja an 'die Fairnes des Wahlkampfes'. VOn aussen spritzen sie Gift auf Strauss; um den Kampfwillen der D'K'P-Mitglieder auf einen einzigen Finsterling zu lenken. Aber diesem Finsterling furchtlos entgegenzutreten - daran denken diese Arbeiterverräter nicht!



NEUER ANSCHLAG DER POLIZEI

Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten verteilt diese Tage in Westdeutschland ein Flugblatt in deutscher und spanischer Sprache mit folgender Erklärung:

In den letzten Oktobertagen hat die verbrecherische Brigada Politico Social (Politische Polizei) eine unserer Druckereien aufgedeckt, die in Madrid liegt und alles Material, welches sich dort befand, beschlagnahmt. Sie hat dabei einige Genossen, Sympathisanten und auch Personen, die nichts mit der Druckerei zu tun hatten, festgenommen. 6 Personen wurden ins Gefängnis eingeliefert und von den Franco-Schergen gefoltert.

Dieser neue Polizei-Angriff beweist aber auch einmal mehr, daß unsere Partei unter dem siegreichen Banner des Marxismus-Leninismus es versteht, solchen Angriffen zu widerstehen und alle Schwierigkeiten beiseitezuräumen. Sie wird nur noch gestählter und entschlossener den Weg der Befreiung unseres Volkes fortsetzen.

Die Yankee-Franco-Polizei versucht mit solchen Schlägen die propagandistische und agitatorische Arbeit unserer Partei zu bremsen oder zu zerstören. Nichts ist unrealistischer. Angesichts solcher neuen Schwierigkeiten haben alle Organisationen und Aktivisten der Partei tatkräftig und mit revolutionärem Mut reagiert, sie haben ihre Reihen noch enger als je zuvor um das Zentralkomitee geschlossen. **Unser Zentralorgan Vanguardia Obrera und andere Materialien unserer Partei erscheinen weiter und werden in ganz Spanien verbreitet, in der Stadt wie auf dem Land.**

Dieser Anschlag der Polizei zeigt auch schlagend die Boshaftigkeit jener, die behaupten, unsere Partei habe kaum eine Einrichtung im Landesinnern. Aus Gründen der Konspiration können wir keine Angaben über die Einrichtungen, Maschinen usw. machen, aber die Tatsache, daß in Madrid, dem Herzen des faschistischen Gewaltapparats eine Druckerei eingerichtet wurde, zeigt, daß wir auf selbstlose und kampferprobte Aktivisten und auf die moralische und materielle Unterstützung breitester Volksschichten rechnen.

In diesen Augenblicken, in denen die internationale Reaktion und die Länder unter Herrschaft der Revisionisten-Cliquen sich alle Mühe geben, Beziehungen jeder Art mit der blutigen faschistischen Diktatur aufzunehmen, rufen wir alle Völker der Welt und alle Bruderparteien dazu auf, einmal mehr ihre Solidarität mit unserem heroischen Volk und unserer Partei zu demonstrieren.

Madrid, 1. November 1972

Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten.

SOLIDARITÄTSKOMITEE

Wir danken den Genossen für die Unterstützung der spanischen Kollegen bei Opel-Bochum.

Wie wir in den letzten beiden Roten Morgen berichteten, streikten und demonstrierten dort die Kollegen gegen die Zustände in den Opel-Wohnheimen, gegen die Entlassung ihres Ersatzbetriebsrates L und gegen die Niederstechung des Streikpostens durch einen faschistischen Messerstecher.

Das Solidaritätskomitee hat bereits das Geld für die Familien der wegen dem Streik entlassenen spanischen Kollegen überwiesen.

Viele von ihnen sind erst kurz in Deutschland und haben oft keine richtige Wohnung, keine Ersparnisse, keine Kindergärtenplätze usw. Als jetzt die entlassenen spanischen Opel-Arbeiter und auch die deutschen Kollegen, die sich mit ihnen solidarisierten, neue Arbeit in Bochum suchten, wurden sie überall weggeschickt. Der Nachrichtendienst der Kapitalisten funktioniert gut.

Juan Luque, der niedergestochen wurde, bekommt seine Arbeitsstunden im Oktober bezahlt – sonst nichts. Die Krankenhauszeit will ihm die Geschäftsleitung nicht zahlen – er sei ja "selber am Unfall schuld"!!! Juan Luque, der 5 Kinder zu ernähren hat, stellte sich nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus vor die Opelwerkstore, um den Messerstecher wiederzuentdecken. (Die Polizei hatte sich ja geweigert, diesen zu verfolgen. Sie nahm stattdessen 5 Streikposten fest). Bis heute hat er ihn nicht entdeckt. Die Kollegen vermuten, dass es sich um keinen Opel-Beschäftigten handelt sondern um ein von der Geschäftsleitung extra angeheuertes Element. Es wäre nicht der erste Beweis dafür, dass die OPEL-Kapitalisten über Leichen gehen!

Oktober:

Solidaritätskomitee Bochum	145.–
Gewerkschaftsoppositionelle Gruppe Opel Bochum	206.–
Sammlung auf dem Arbeitertreff der KPD/ML in Diusburg	82.–
Nationale Gewerkschaftsopposition	200.–
FRAP	100.–
1 deutscher Kollege	20.–
2 Genossen der KPD/ML	100.–
1 Opel-Kollege	10.–
2 Genossen der KPD/ML	100.–
Nationales Treffen der oppositionellen Gewerkschafter	185.–
K.E., Giessen	100.–
Demonstration in Dortmund	57.–
Marxistisch-leninistischer Zirkel	50.–
1 Kollege der OSO	10.–
PCE/ML	200.–
Demonstration in Rüsselsheim	212.32
Spanische Arbeiter von Barmag Remscheid	92.–
1 Genosse der PCE/ML	10.–
1 Genosse der KPD/ML	5.–
1 Genossin der KPD/ML	20.–
Spanische Arbeiter in Wuppertal	125.–
Teach-in an der Universität Bochum	230.94
Projektgruppe Internationalismus (Uni Bochum)	250.–
OSO Wuppertal	49.–
1 Sympathisant	50.–
Spanische Arbeiter in Essen	430.59

PLATTFORM für Komitee gegen politische Verfolgung

Wir von der KPD/Marxisten-Leninisten unterbreiten den hier anwesenden Gruppen und Organisationen* den Vorschlag, das Solidaritatskomitee "Freiheit für die politischen Gefangenen" und das Ausländerkomitee in einem Komitee "Gegen die Verfolgung fortschrittlicher Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland" zusammenzuschliessen.

Folgende Gründe haben uns zu diesem Entschluss gebracht:

- Die Ziele der beiden Komitees überschneiden sich darin, dass sich beide gegen die verschiedenen Massnahmen der Faschisierung des westdeutschen Staats- und dass sie sich besonders in der allseitigen Verfolgung fortschrittlicher Kräfte äussert. Deshalb sollten wir in unserer Kampforganisation dieser Entwicklung Rechnung tragen.
- Der Kampf an zwei Fronten führt zu einer Zersplitterung der Kräfte. Wir meinen, dass dies gerade im Moment eine schädliche Tatsache ist, wo es gilt, sich immer heftigeren Angriffen des bürgerlichen Staatsapparates zu erwehren.
- Weiter heisst die Aufsplitterung in zwei Komitees, dass der Kampf gegen die Faschisierung des westdeutschen Staatsapparates nicht

lung Rechnung tragen muss, dass laufend neue reaktionäre Massnahmen zu erwarten sind, für die wir nicht jedesmal ein neues Komitee ins Leben rufen können. Wir sollten die Ausrichtung eines Komitees auf einen solchen Nenner bringen, dass wir die ganzen Kämpfe hinsichtlich der reaktionären Massnahmen der Bourgeoisie vereinen können.

Aufgaben des Komitees sollen sein:

- Aufruf und Planung des Kampfes gegen alle reaktionären Massnahmen des westdeutschen bürgerli-

apparates wenden. Wir sind der Meinung, dass sich diese Faschisierung auf allen Gebieten zeigt

* Es handelte sich um ein Treffen jener Organisationen, die anlässlich der verschärften Ausländerverfolgung zusammengekommen waren.

einheitlich ausgerichtet werden kann.

Wir meinen, dass die Front gegen die Faschisierung einer langfristigen Strategie und Taktik bedarf und wir dementsprechend den Kampf organisieren sollten.

- Weiter bedeutet die Aufsplitterung in zwei Komitees, dass die Bündnisarbeit doppelt betrieben werden muss. Wir meinen, dass es nicht unser Ziel sein kann, uns in Einladungen und Treffen zu beschränken, sondern dass wir eine Kampfperspektive ausarbeiten müssen und wir auch darauf unsere Kräfte richten sollten.
- Beide Komitees haben sich durch ihre spezielle Ausrichtung selbst eingeschränkt. Wir meinen, dass unsere Ausrichtung der Entwicklung des Staatsapparates, bei Schaffung einer einheitlichen Kampffront.
- Organisierung der Mittel für diesen Kampf.
- Sammlung einer breiten Unterstützung für diesen Kampf in der Öffentlichkeit.
- Finanzielle, materielle und juristische Hilfe für alle von den reaktionären Massnahmen Betroffenen.
- Zusammenschluss aller antifaschistischen Kräfte.

Ausgeschlossen werden muss das Auftreten aller konterrevolutionärer, trotzkistischer und offen revisionistischer Organisationen.

Auf dieser Grundlage muss die Freiheit der Agitation und Propaganda gewährleistet sein.

Kundgebung vom regionalen Komitee gegen die Ausländergesetze in Düsseldorf für den niedergestochenen Streikposten Juan Luque	437.–
1 Sympathisant von der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft)	50.–
Sammlung von Genossen des KSB/ML Bochum	365.57
November:	
C.B.	100.–
J.B., Bochum	50.–
C.M.	100.–
W.H., Börwang/Allgäu	100.–
Summe:	DM 4.242.42



Fräulein, meinen Sie, die Freundschaft zwischen dem deutschen und amerikanischen Volk so zu demonstrieren? Wir meinen, daß die Freundschaft der Völker im gemeinsamen Kampf gegen ihre Unterdrücker geschmiedet wird, im Kampf gegen den US-Imperialismus und den BRD-Imperialismus. Und mit anderen Mitteln als einem Bikini.

Wir fordern unsere Leser auf, einmal auch ihre Meinung zur Frage der Moral in der kapitalistischen Gesellschaft und der Frage der kommunistischen Moral zu schreiben.

Befreiungskampf der Frau im Sozialismus

Die Frau muss praktisch ihre Unabhängigkeit erkämpfen. Was heisst das? Das heisst , dass sie ihr eigener Herr werden muss; dass sie an der Produktion teilnehmen muss, in Fabriken, Krankenhäusern und Büros arbeiten muss, wo die Männer arbeiten. Das ist nicht leicht, es ist sogar sehr schwer: aber wir sind davon überzeugt, dass wir allmählich gute Ergebnisse erzielen werden.
(Enver Hoxha)

In unserem Land übt die Frau fast alle Berufe aus, erfüllt fast alle gesellschaftlichen und öffentlichen Aufgaben... Die Frauen sind also heute eine so grosse gesellschaftliche Kraft geworden, dass ohne ihre aktive Beteiligung keine wirtschaftlichen oder politischen Aufgaben in Angriff genommen werden können, kein 5-Jahr-Plan ohne sie zu realisieren ist.
(Eleni Pashko; Viezeminister im Industrieministerium)

Die kommenden Generationen in unserem Land werden vollständig befreit sein von den vielen Vorurteilen und den Resten alter Vorstellungen, unter denen unsere Generation litt.
(Enver Hoxha)

Ohne die aktive Beteiligung der Frauen kann unser Land nicht vorankommen, kann Albanien nicht aufgebaut werden, wie es nötig ist, denn die Frauen müssen ihren Teil zum Wiederaufbau des Landes nicht nur mit ihrem körperlichen Einsatz, sondern mit allen ihren geistigen und intellektuellen Fähigkeiten leisten.
(Enver Hoxha)

Die albanische Frau wird vom Faschismus, von reaktionären Traditionen, von feudalen und bürgerlichen Gesetzen unterdrückt. - Sie ist mehr als bereit, unseren Kampf zu unterstützen, in dem sie auch ihre eigene Befreiung sieht.
(Enver Hoxha)



Zef Shoshi: Bild einer Aktionistin

OFFENER BRIEF

AN DIE OG-KIEL DER GRUPPE ROTE FAHNE BOCHUM

WERTE GENOSSEN!

In der Roten Fahne 20/72 wurde eine Kritik von Euch an der Linie des ZB veröffentlicht. Ihr nehmt dabei Bezug auf einen Artikel in der Roten Fahne 18/72, Seite 3, in welchem an einer Stelle der Rechtsopportunismus des ZB besonders krass hervortritt. Ihr legt unmißverständlich die Ansichten des ZB klar: "Deshalb müsse man untersuchen, ob die Arbeiterklasse als nächste Revolution die sozialistische oder ob sie vorher eine andere Revolution durchführen müsse, 'um die Grundlagen des Faschismus zu beseitigen' und 'um überhaupt an die sozialistische Revolution heranzukommen. Es wird also ernsthaft an dem Charakter der kommenden proletarischen Revolution gezweifelt. Ihr laßt weiterhin keinen Zweifel über die objektive Grundlage der revisionistischen ZB-Meinung aufkommen: "Sie entspricht genau der unbestimmten Klassenlage des Kleinbürgertums".

Genossen, wir solidarisieren uns mit Eurer Kritik. Ihr habt treffend einen Grundpfeiler der ZB-Linie entlarvt, die revisionistische Verfälschung des Weges zur proletarischen Revolution in unserem Land.

DIE 'ANTWORT' DES ZB: BESTÄTIGUNG EURER KRITIK!

Was antwortet das ZB auf Eure Kritik? Nicht nur, dass sie versuchen, mit einem Schwall intellektualistischen und historischen Geschwätzes die Probleme zu verwirren und Euch einzuschüchtern, um Euch dann grossartig den Rat zu geben, Euren "Standpunkt noch einmal zu überprüfen" (S.10) (was diese Leute wahrhaftig nötiger hätten). Ihre Antwort bestätigt darüber hinaus völlig die Berechtigung Eurer Kritik.

Das ZB will die Massen vom Kampf für den Sozialismus zurückhalten und predigt die 'demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft'. Das Wörtchen 'revolutionäre Verwirklichung' (der Demokratie) ist nichts als eine hohle Phrase, die genau zeigt, welche Aufgabe das ZB für die Bourgeoisie wahrnimmt: von 'links' her den modernen Revisionisten in die Hände spielen.

KEINE REVISION DER ZB-LINIE

Genossen, diese Theorie der besonderen demokratischen Zwischenetappe ist ganz und gar keine Revision der ZB-'Partei'-

klasse vom Sturz der Bourgeoisie abzuhalten, nicht mehr erfüllen können, wenn also die Massen für den Kommunismus gewonnen sind.

Was hat sich an der ZB-Linie geändert? Nichts anderes, als dass das ZB nicht so lange warten will, um in dieser massiven Weise die Interessen der Arbeiterklasse zu verraten.

WIE MUSS DER DEMOKRATISCHE KAMPF GEFÜHRT WERDEN?

Um Euch von der KPD/ML abzuhalten, verbreitet das ZB, wir würden den demokratischen Kampf verachten. Genossen, das ist eine Lüge, die Euch den Kopf vernebeln soll. Wir kämpfen entschieden um jedes demokratische Recht. Aber wir führen diesen Kampf revolutionär; wir richten ihn aus auf den Kampf um den Sozialismus. Wir führen diesen Kampf, wie Lenin es von Kommunisten fordert: "... man muss alle diese Forderungen (Forderungen der politischen Demokratie) nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äusserlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, **den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen; das heisst, ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriiert (enteignet), führen**". (Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht, Werke Bd. 22, S. 147).

Und wir verbinden diesen Kampf mit den Kampf gegen den modernen Revisionismus. Die SPD ist eine direkte Interessenvertreterin der Monopolbourgeoisie geworden. Ihre Möglichkeiten, die Arbeiterbewegung vom revolutionären Weg abzubringen, werden immer enger. Heute nehmen die modernen Revisionisten den Platz der gestrigen Sozialdemokratie ein, um als legale Opposition den Kampf der Arbeiterklasse in den reformistischen Weg einzuschleusen. Damit leugnen wir keinesfalls den nicht unerheblichen Einfluss der SPD auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen. Aber der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung ist der moderne Revisionismus. Die spontane Bewegung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen löst sich immer mehr vom Einfluss der SPD. Das zeigt das Entstehen und der wachsende Einfluss der gewerkschaftsoppositionellen Strömungen, der antimilitaristischen Komitees, der Mieterräte usw. Hier, an der Spitze der Arbeiterbewegung und der Kämpfe der werktätigen Massen, sind es die modernen Revisionisten, die mit ihrer Spalter,- Abwiegelungs- und Verratspolitik grossen Schaden anrichten. Mit seiner Theorie von der SPD als sozialen Hauptstütze

deutschen Revolution). Die revisionistischen Geschichtsfälscher bezeichnen sie als eine misslungene demokratische Revolution um ihren Verrat am Sozialismus zu verstecken. Das ZB braucht diesen Kunstgriff ebenfalls, um seine Etappentheorie zu belegen. Denselben Zweck hat auch das grausige Bild, das das ZB vom deutschen Junkertum malt. Nicht das Finanzkapital, sondern die deutschen Junker und die 26 Dynastien in Westdeutschland sind heute verantwortlich für den Kriegsdrang des deutschen Imperialismus nach Osten. Wir brauchen also nur 'revolutionär' die Junker zu entmachten und Faschismus und Krieg sind in die Vergangenheit verbannt. Demgegenüber hat Dimitroff, genauso wie ihn die Kieler GRF-Genossen zitieren, gesagt, dass der **moderne Imperialismus** ständig mit dem Faschismus schwanger geht, und dass der Faschismus eine andere Herrschaftsform der Diktatur der Bourgeoisie ist als die bürgerliche Demokratie.

Genossen, schenkt dem ZB einen ausgestopften Junker, und bittet sie einmal zu erklären, warum in Frankreich, dem Land der klassischen bürgerlichen demokratischen Revolution, die kommunistische Partei, die KPF/ML, bereits verboten ist, warum die Faschisierung dort schon weiter fortgeschritten ist als bei uns.

Wir sind jedenfalls der Meinung, dass in diesem Staat die Monopolkonzerne, das Finanzkapital, die Thyssen, Krupp, Siemens, Opel, Volkswagen usw. die Industriebosse und Kuponabschneider herrschen. Und die sind reaktionär, und deren Geldherrschaft ist die Grundlage des Faschismus, und die muss allerdings als nächstes beseitigt werden, und zwar durch die sozialistische Revolution! Dieser heutige Staatsapparat ist der reinblütige Apparat dieser Herrschaften; wer da vom Feudalismus redet, hat nur Angst vor dem eisernen Besen der proletarischen Revolution.

VEREINIGT EUCH IN DER KPD/ML!

Genossen, wir haben die Aufgabe, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zum Sozialismus zu führen. Das kann nur eine Partei, die frei von Opportunismus ist, die den entschiedensten Kampf gegen den modernen Revisionismus führt. Genossen diese Partei ist die KPD/ML.

Das ZB aber hat die traurige Aufgabe für die Bourgeoisie übernommen, Verwirrung in die Reihen der fortschrittlichen Arbeiter und der Marxisten-Leninisten zu tragen. Sie nennen sich Marxisten-Leninisten, aber sie verbreiten revisionistische Ansichten, sie nennen sich KPD/ML, aber sie sind nur Spalter, sie nennen sich eine Vorhutorganisation, aber sie machen Nachtragpolitik und wiegeln ab, wo sie nur können.

Genossen der Ortsgruppe Kiel der Gruppe Rote Fahne Bochum! Schreitet mutig auf dem Weg Eurer Kritik voran! Sagt dem ZB den offenen und schonungslosen Kampf an und weicht keinen Millimeter zurück! Das ZB tobt zwar: "Die Kieler Genossen haben sich hier wieder die trotzkistische Theorie des Roten Morgen zu eigen gemacht". (S.9). Aber es ist wahrhaftig keine

Linie. Im Gegenteil, sie ist die konsequente Fortsetzung der revisionistischen ZB-Praxis bei der Führung des demokratischen Kampfes. Lasst Euch dabei nicht von den 'Selbstkritiken' des ZB täuschen: Gegenüber der Kritik der revolutionären Genossen hat sich das ZB immer so verhalten: ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück.

Die Theorie der demokratischen Etappe der Revolution kommt auch nicht unvermittelt. Sie ist länger vorbereitet durch die ZB-Theorie von der zukünftigen antifaschistisch-demokratischen Revolution in Westdeutschland. Der Kern dieser Theorie ist genau derselbe: Verrat an der sozialistischen Revolution, Zurückdrängen der Massen vom Kampf um den Sozialismus. Wann soll denn nach ZB diese Etappe eintreten? Doch genau dann, wenn Sozialdemokratie und Revisionismus ihre Aufgabe, die Arbeiter-

macht sich das ZB zum Wasserträger des modernen Revisionismus.

IMPERIALISMUS FÜHRT ZUM FASCHISMUS!

Das ZB verfälscht nicht nur Lenins Lehren über den allgemeinen Gang der Revolution in den imperialistischen Ländern, es erfindet auch neue Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus oder schreibt bei den Revisionisten einfach ab.

Ernst Thälmann hat die Novemberrevolution immer als eine proletarische Revolution mit sozialistischem Inhalt bezeichnet. (siehe E. Thälmann, 9. November 1918 – die Geburtsstunde der

Morgen zu eigen gemacht'. (S.9). Aber es ist wahrhaftig keine Schande, in Grundfragen der Revolution den korrekten Standpunkt der Partei der westdeutschen Arbeiterklasse zu vertreten!

Das Ziel Eures Kampfes kann nur heissen: Zusammenschluss mit uns in der KPD/ML! Eure Spalterorganisation hat keine Existenzberechtigung und der Wasserträger des modernen Revisionismus, das ZB, gehört auseinandergejagt. Macht Euch frei von der Illusion, mit einem neuen Zentralbüro ginge es besser.

VORWÄRTS ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION IN WESTDEUTSCHLAND UND WESTBERLIN!

FÜR DIE EINHEIT ALLER WIRKLICHEN MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

SIE DREHEN SICH UND WINDEN SICH....

ZB-WEITER IN DEN REVISIONISTISCHEN SUMPF

Das Zentralbüro der Gruppe "Rote Fahne Bochum" (GRFB) hat in der letzten Zeit eine Erklärung über die "Lage der Partei und die Reorganisation" ('Rote Fahne Nr. 20/72) abgegeben. In dieser Erklärung wird klar von der 'schweren politischen Krise' der GRFB gesprochen. Diese Krise zeigt klar: Die Politik des ZB; eine 'mittlere' Linie zwischen dem modernen Revisionismus und dem Marxismus-Leninismus zu entwickeln, ist zusehends zum Scheitern verurteilt.

Auch die Versuche des ZB, sich als die KPD/ML hinzustellen und die korrekte Linie unserer Partei als 'links'revisionistisch und trotzkistisch zu diffamieren, finden heute unter den Fortschrittlichen der Arbeiterklasse immer weniger Glauben. In der Organisation Rote Fahne Bochum selbst wächst die grundsätzliche Kritik an der Linie des Zentralbüros (vgl. Kritik der Kieler Ortsgruppe). Die eigentliche Krise des ZB besteht darin, dass die Massen der GRFB und des KJVD zunehmend die falsche politische Linie des ZB erkennen, sich gegen die falsche Führung auflehnen und sich immer stärker der KPD/ML zuwenden.

Eine Zeit lang konnte das ZB die aufkommende Kritik in der eigenen Organisation dadurch auffangen, dass es die Lügen verbreitete, unsere Partei würde sich aus den Massenkämpfen fernhalten, den demokratischen Kampf und die Tageskämpfe der Massen missachten. Dieses Lügengebäude bricht jetzt, nach der Verjagung der Liquidatoren aus der KPD/ML und der Überwindung sektiererischer Fehler, immer mehr zusammen. Dagegen zeigt sich klar, dass das ZB nicht nur die klare Ausrichtung auf die sozialistische Revolution vernebelt und den modernen Revisionismus verharmlost.

Der Opportunismus des ZB tritt immer deutlicher auch bei der Führung der Tageskämpfe in Erscheinung:

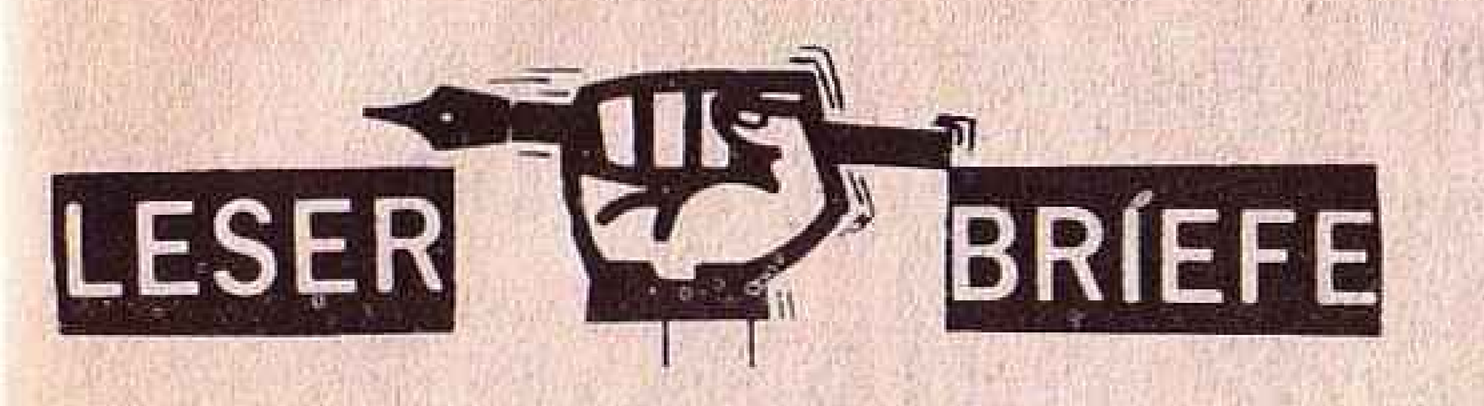
- Das ZB, das uns vorwirft, den antifaschistischen Kampf zu missachten, ist noch nicht einmal bereit, gemeinsam mit uns einen Haufen Neonazis aus einem Dortmunder Arbeiterviertel zu verjagen. Stattdessen schicken sie einen Beobachter, der aus sicherer Entfernung den Einsatz von Schlägertruppen der Polizei zum Schutz der Neonazis gegen uns beobachtet.
- Sie, die uns vorwerfen, wir hätten eine trotzkistische Linie, weigern sich in der Praxis, gegen den Trotzkismus zu kämpfen. Als bei der Demonstration gegen das reaktionäre Ausländergesetz unsere Genossen gegen die antikommunistischen Losungen der Trotzkisten vorgingen, versuchten Führer des ZB, dies zu verhindern und beschuldigten uns der Störung der Aktionseinheit und des Bündnisbruchs.
- Sie, die uns vorwerfen, wir würden den Kampf der Massen für wirtschaftliche Tagesforderungen missachten, sind unauffindbar wenn es darum geht, diese Kämpfe zu unterstützen oder wie während des Streiks der englischen Dockarbeiter im Hamburger Hafen Solidaritätsstreiks zu unterstützen.
- Sie reden davon, einen entschlossenen Kampf gegen Ausschlussterror und politische Entlassungen zu führen. Wenn es aber darum geht diesen Kampf wirklich – nicht nur auf dem Papier – in Angriff zu nehmen, weichen sie zurück oder wiegeln sogar ab, wie beim Streik gegen die Entlassung der spanischen Kollegen bei Opel Bochum.

Das sind nur einige Beispiele aus den heutigen Tageskämpfen, die auch den aufrechten Genossen der GRFB und des KJVD immer deutlicher zeigen, dass die KPD/ML Hand in Hand mit allen Fortschrittlichen der Arbeiterklasse sich immer häufiger an die vorderste Front der Tageskämpfe stellt, während die opportunistische Führung des ZB zu Nachtrabpolitik und Abwiegelei führt.

Der Opportunismus der ZB-Führer hat dazu geführt, dass immer mehr Genossen dem ZB den Rücken kehren und den Kampf in den Reihen der Partei oder ihrer Massenorganisationen führen. Das ZB kann heute auch nicht mehr verheimlichen, dass die meisten noch in der GRFB und im KJVD organisierten Genossen mit der politischen Linie des ZB immer weniger einverstanden sind. Das ZB hat jetzt in der Erklärung zur 'Lage der Partei' auch die Verantwortung für die 'Krise' übernommen und in einer Selbstkritik eine Menge von Fehlern zugeben. Ist diese Selbstkritik ehrlich? Sicher ist es ein Fortschritt, wenn die ZB-Führer heute zugeben, dass ihre Organisation ideologisch und organisatorisch 'sehr starke halbmenschewistische Züge trägt'. Warum aber verschweigt das ZB in diesem Zusammenhang, dass die 'halbmenschewistische' Linie von Anfang an bei den ZB-Führern bestand und die eigentliche Ursache für die Abspaltung von der Partei im Frühjahr 1970 war. Warum verschweigt das ZB, dass die 'halbmenschewistische' Organisationsstruktur: die Ausserkraftsetzung des Statuts, die Proklamierung des unabsetzbaren ZB, die Auflösung der Betriebszellen, die Abschaffung der Rechte der Mitglieder, ihre Leitungen zu wählen bzw. dazu gewählt zu werden, bereits 1970 ein Teil ihrer rechtsopportunistischen Spalterlinie war. Warum verschweigt das ZB, dass es im Frühjahr 1970 offen die Zerstörung der Einheit der Partei versuchte und ihren Fraktionismus damit rechtfertigte, dass angeblich die Partei noch gar nicht richtig existierte und erst vom ZB geschaffen werden musste. Dieses Verschweigen deutet klar darauf hin, dass das ZB keine echte Selbstkritik übt, sondern einen Rückzieher machen musste, weil es sonst seine Führungsposition keinen Moment mehr aufrechterhalten konnte.

Das ZB gibt als Ausweg aus der 'Krise' die Bolschewisierung der Organisation an, es kündet eine Parteikonferenz an, die Wahl eines provisorischen ZB und die baldige Durchführung eines '2. Parteitags'. Dadurch sollen alle Schwierigkeiten der GRFB überwunden werden.
Wir müssen klar sehen: es geht nicht darum, ob die GRFB Schwierigkeiten überwindet, sondern es geht darum, ob die Grundlagen der rechtsopportunistischen Spaltung durch das ZB im Frühjahr 1970 überwunden werden können. In der Erklärung des ZB finden sich dazu aber keine Ansätze: Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass die rechtsopportunistische Linie nach dem Willen der ZB-Führer konsequent fortgesetzt werden soll. Deshalb ist die vom ZB angekündigte Bolschewisierung auch kein Schritt vorwärts, wenn nicht gleichzeitig das Versöhnlertum der ZB-Führer gegenüber dem modernen Revisionismus entlarvt wird. Schonungslos muss aller revisionistischer Plunder, den das ZB vom Arbeiterverräter Ulbricht und anderen Renegaten übernommen hat, aufgedeckt und zurückgewiesen werden. Diese Aufgabe ist heute die entscheidende Aufgabe, die alle Genossen in der GRFB und im KJVD in Angriff nehmen müssen. Hiervon dürfen sie sich durch keine Tricks des ZB abhalten lassen. Im Kampf gegen den modernen Revisionismus muss für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML gekämpft werden"
Die KPD/ML wird die Genossen bei der Führung dieses Kampfes mit allen Kräften unterstützen.

KÄMPFT FÜR DIE EINHEIT ALLER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPD/ML!



Liebe Genossen;

Im RM Nr. 21 schreibt Ihr auf Seite 6 von den Trotzkisten, die früher wie heute mit der Polizei zusammenarbeiten. Dafür möchten wir Euch ein Beispiel nennen, damit keiner denkt, diese Behauptung sei ausgedacht. Wir gingen mit 4 Genossen auf der Bochumer Einkaufsstrasse, der Kortumsstrasse, wo die Trotzkisten um die Zeitung "Der Funke" einen Stand unter der Parole "Arbeiterstimmen für die SPD" aufgebaut hatten. Wir fingen an, mit den Verteilern zu diskutieren und ihre schamlose Demagogie vom angeblich "kleineren Übel SPD" zu entlarven. Immer mehr Passanten blieben stehen. Mitten in der heftigen Diskussion zückte eine Trotzkistin im Hintergrund einen Fotoapparat (!) und versuchte uns zu fotographieren. Nur durch Zufall sahen wir das rechtzeitig – wer achtet schon bei einer Diskussion darauf!

Was die Bilder sollten, ist ja klar. Die Fotografin war übrigens dieselbe Trotzkistin, die schon früher eine Vietnam-Sammlung zu behindern versucht hatte, indem sie den Genossen Ho Chi-Minh als Konterrevolutionär beschimpfte, weil er nicht erst den Kapitalismus aufbaute (wie es die Trotzkisten verlangen) und weil er die Bauern an der Revolution beteiligte (was sie ablehnen).

Rot Front
Genossen aus Bochum

Genossen!

... Auf jeden Fall ist es dringend notwendig, die Agit-Prop bei den werktätigen Bauern voranzutreiben. Wir sind zwar eine kleine und junge Rote Garde, aber wir haben viele Bauernsöhne als Sympathisanten. Leider haben wir die Arbeit auf diesem Gebiet noch größtenteils vernachlässigt. Es ist aber auch schwierig – und darüber darf man sich keine Illusionen machen – in so kleinen Dörfern wie sie bei uns sind, offen zu arbeiten.

Das sind Dörfer von 100 bis 5.000 Einwohner, und da kennt eben jeder jeden. Wir treten zwar als Kommunisten auf, aber wir sind noch von unseren Eltern abhängig und können demzufolge z.B. in unseren Heimatorten nur im Untergrund arbeiten. Außerdem ist es Tatsache, daß es nicht viele revolutionäre Bauern an einem Ort gibt. Es ist leider so, daß die Bauern sich zum größten Teil nicht trauen, offen aufzutreten. Bei uns sind die Bauern noch größtenteils in der CSU, und wenn einer in der SPD ist, wird er als Kommunist bezeichnet. Deshalb haben viele Bauern auch Angst, irgendwelche Verbesserungsvorschläge zu machen. Jeder Verbesserungsvorschlag wird als "kommunistisch" abgestempelt und so zunichte gemacht.

Außerdem ist es so, daß wir einen Umkreis von 70 km zu betreuen haben. Wir haben zwar einen zentralen Stützpunkt, aber leider haben viele werktätige Bauern noch nicht einmal ein Auto und wir haben auch keines ...

Die Redaktion veröffentlicht einen Brief Hamburger Sympathisanten der Partei an das Solidaritätskomitee "Freiheit für die politischen Gefangenen". Der Brief richtet sich an den Genossen, über den im ROTEN MORGEN Nr. 21, Seite 11 berichtet wurde. Wir danken den Hamburger Genossen für die gesammelten 120,10 DM, die das Solidaritätskomitee an den Münchner Genossen weiterleitet.

Liebe Genossen!

Euer mutiger Kampf zur Durchbrechung des Demonstrationsverbots bei der "Supershow" des blutbefleckten westdeutschen Imperialismus ist uns ein hervorragendes Beispiel.

Endgültig ist uns klargeworden, dass die Kommunistische Partei kein Propagandaverein ist, sondern eine Kampfpartei sein muss, dass nicht irgendwann bei der sozialistischen Revolution erst revolutionäre Gewalt angewendet werden muss, sondern dass wir in vielen kleinen Vorgefechten militant für die Interessen des Volkes eintreten müssen.

Die Gefahr, vor Schwierigkeiten zu kapitulieren, taucht in unserer Gruppe immer wieder auf: Als am letzten Montag der "Friedenskanzler" in der Hamburger Innenstadt wieder für den westdeutschen Revanchismus trommelte, hatten wir ein Transparent vorbereitet, das die Lügenpropaganda der SPD entlarvte. Angesichts der vielen "Willy-Wähler" und Bullen in unserer Nähe hätten wir das Transparent fast nicht entrollt. Einige meinten, wir seien zu wenig, würden ungünstig stehen, hätten die Sache nicht klar genug durchdacht. Aber schliesslich half Euer furchtloses Auftreten in München und die vielen anderen entschlossenen Kämpfe, die die KPD/ML an vielen Fronten aufgenommen hat, dass wir unsere Angst überwanden.

Zwei Genossen kletterten auf einen hohen Kombiwagen und entrollten trotz Drohungen der Bullen das riesige Transparent, das weithin sichtbar war. Als die Bullen unsere Genossen runterwerfen wollten, erhob sich ein Proteststurm der umstehenden Menschen. Sie konnten es sich nicht leisten, das Transparent zu beschlagnahmen ("Ihr seid keine legale Partei; im Gegensatz zur D'K'P"), weil viele das Recht der Kommunisten, hier ihre Kritik an der SPD vorzutragen, verteidigten.

Später an einer anderen Stelle, hielten sich die Bullen zurück und überliessen den Provokateuren des Verfassungsschutzes das Feld. Einer davon wollte die Leute aufhetzen, das Transparent der "Kommunistenschweine", wie er schrie, runterzureissen und wenn sich ihm jemand in den Weg stellte, drohte er ihn auf der Stelle totzuschlagen. Aber die Genossen traten ihm mutig entgegen und isolierten ihn völlig. Als schliesslich doch einer das Transparent zu fassen kriegte, gabs eine kurze Keilerei, bei der uns viele, vor allem Jugendliche, aktiv unterstützten. Die grossen Diskussionsgruppen, in denen wir den Kommunismus propagieren konnten, zeigten deutlich, dass wir Unterstützung fanden, weil wir unsere richtige Sache vorher offensiv und entschlossen durchgesetzt hatten.

In diesem Sinne senden wir Dir solidarische Kampfesgrüsse aus Hamburg. Wir sind überzeugt davon, dass Du die besonderen Schwierigkeiten, in denen Du jetzt steckst, überwinden wirst! (Zur Unterstützung haben wir bei uns eine kleine Sammlung durchgeführt). Trotz Schikanen, Verfolgung und Terror kannst Du, Genosse, und alle anderen verfolgten Kommunisten

Liebe Genossen,

... Ich bin direkt vom Land, und deshalb finde ich, dass es auch notwendig wäre, eine Seite oder zumindest häufig etwas von Bauern zu bringen und sich nicht nur auf Aktionen wie die Demonstrationen (der Bauern) zu beschränken ... Es ist schlecht, wenn man nur alle halbe Jahre etwas von den Aktionen der Bauern bringt. Ich werde sobald wie möglich versuchen, einen Anfang zu machen und einen Bericht zu schreiben.

Rot Front
Ein Genosse aus Bayern

Liebe Genossen!

Als ständiger Leser des ROTEN MORGEN möchte ich mich mit der KPD/ML und Genossen Ernst Aust voll solidarisieren!

Auf Grund des bekannten Ermittlungsverfahrens gegen Genossen Ernst Aust habe ich am 17.9.72 Selbstanzeige wegen Vergehens gemäss Paragraph 140 StGB (Solidaritätserklärung mit den Ausführungen im ROTEN MORGEN Nr. 12 vom 19.6.72) gestellt.

Trotz vieler Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPD/ML und mir steht für mich an erster Stelle die Solidarität. Bereits anlässlich des Münchner Prozesses gegen junge Kommunisten habe ich mich schon damals solidarisch erklärt und hier über 200 Unterschriften und 50,- DM gesammelt.

Wäre Euch sehr dankbar, wenn ich diesmal eine baldige Antwort erhalten werde. Erwähne dies deshalb, weil ich an euch schon mehrmals geschrieben habe, aber bis heute darauf keine Antwort erhalten habe.

Rot Front
Rolf

RM-Redaktion:

Wir danken Dir für deine solidarische Unterstützung im Kampf gegen die Klassenjustiz, die den Vorsitzenden unserer Partei, wie auch viele Genossen und Sympathisanten der KPD/ML vor Gericht zerren will.

Deine Selbstanzeige beweist Deine mutige und entschlossene Haltung. Allerdings muss man sehen, dass Selbstanzeigen hauptsächlich in ganz besonderen Fällen sinnvoll sind, in denen man damit eine breite Öffentlichkeit wachrütteln kann. Als Kommunisten kennen wir aber auch die alte Taktik der Klassenjustiz: Durch viele und kostspielige Prozesse die Kampffront zersplittern und die Partei finanziell zu schwächen. Sehr gut finden wir Deine Unterschriften- und Geldsammlung. Wir fordern auch andere Freunde und Genossen auf, diesem Beispiel zu folgen. Wendet Euch mit gesammelten Unterschriften, mit Briefen und Spenden an den Initiativausschuss für das Solidaritätskomitee (siehe Erklärung in diesem RM).

Zur Beantwortung der Leserbriefe an die RM-Redaktion:

Die Zahl der Leserbriefe an den ROTEN MORGEN hat sich sprunghaft erhöht. Wir halten weiterhin an dem Prinzip fest, möglichst viele Leserbriefe abzudrucken und jedem Leser zu antworten. Leider sind wir seit etwa 2 Monaten nicht mehr in der Lage, sofort und direkt unsere Leser anzuschreiben. Wir versuchen schnellstmöglich diese Verzögerung zu beseitigen.

Auch bei uns auf dem Land ist – trotz allem – Haupttendenz Revolution. In einer 3.000-Einwohner-Stadt wählten bei den Kommunalwahlen 16 Leute unsere Partei, die KPD/ML, obwohl wir überhaupt nicht wählten (und dazu aufriefen)...

Rot Front

aber sicher sein, dass Euer mutiges Auftreten für viele andere ein Ansporn ist, ihren Hass und ihre Anstrengungen zu vervielfachen.

Rot Front
Sympathisanten aus Hamburg

Für Dich, Genosse Rolf, wurde bereits ein Brief abgeschickt, der scheinbar nicht angekommen ist. Bekanntlich öffnet die Postdirektion dem Verfassungsschutz auch Postfächer – besonders gerne natürlich das Postfach des ROTEN MORGEN. Wir bitten daher unsere Leser als Absender auf dem Briefumschlag eine Deckadresse oder eine Postlagerkarte anzugeben.

POLIZEI-TERROR

Frühschicht. Am 14. 11. steht eine Genossin an einem der Tore von Thyssen-Ruhrort. Sie steht hier zum ersten Mal, um den ROTEN MORGEN zu verkaufen. Der Verkauf läuft gut. Mancher Arbeiter, der ein 50-Pfennig-Stück zückt, um **seine** Zeitung zu kaufen. Die letzten Arbeiter passieren das Tor. Die Genossin packt den Rest ihrer Zeitungen zusammen, nimmt die Stelltafel auf, auf der für den ROTEN MORGEN geworben wird. Da erscheint ein Werkschutzmann. Er hat gewartet bis die letzten Arbeiter durchs Tor gegangen sind. Jetzt ist niemand mehr zu sehen. Nun fühlt er sich stark und keift: "Sie haben hier zu verschwinden, das ist Werksgelände!"

Das hat die Genossin sowieso vor. Nicht wegen des 'Werksgeländes'. Sondern weil sie in ein paar Minuten von einem Wagen abgeholt werden soll. Während sie noch an der vereinbarten Stelle wartet, taucht plötzlich ein Streifenwagen der Polizei auf. Stoppt. Drei Bullen springen heraus und stürzen sich auf die Genossin. Entreissen ihr die Tasche mit den ROTEN MORGEN und die Stelltafel. Auf ihre Frage, was das bedeuten solle, erhält sie zur Antwort: "Sie vertreiben eine Zeitung, die verboten ist, eine Zeitung der verbotenen KPD!"

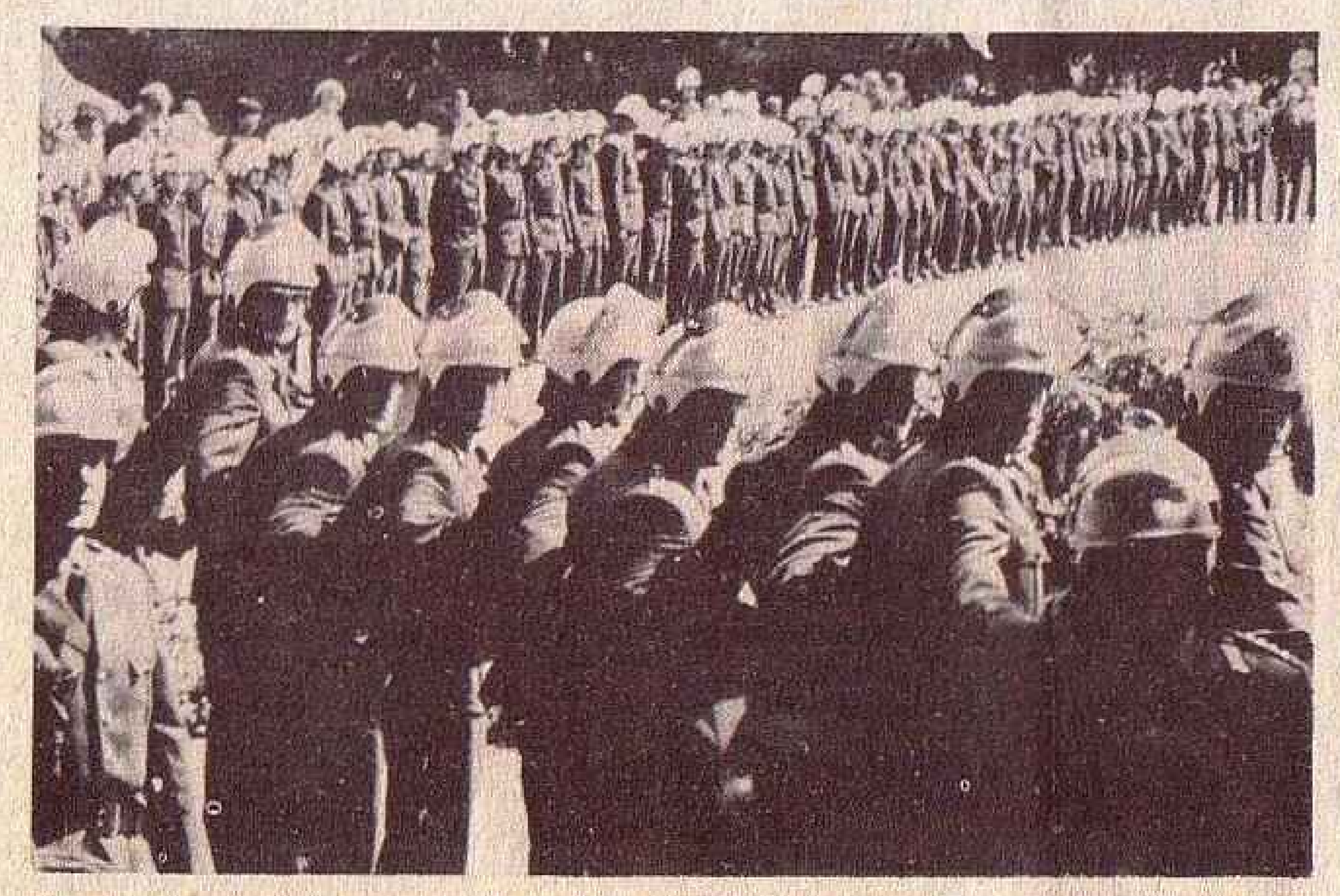
Man zerrt sie in den Streifenwagen und fährt zum 2. Meidericher Polizeirevier. Der Oberbulle auf dem Revier will die Genossin vernehmen, da sieht er ihre Handtasche, die sie noch bei sich trägt. Darin haben sie eine Pistole versteckt, herrscht er sie an. Nehmt sie ihr weg! Als die Genossin protestiert und sagt: "Ich habe keine Pistole", erhält sie zur Antwort: Das kennen wir schon, natürlich haben sie eine Pistole. Er winkt. Man stürzt sich auf sie, verrenkt ihr die Arme und wirft sie brutal zu Boden, um ihr die Handtasche zu entreissen. Anschliessend wird sie in ein anderes Zimmer geschleift. Als sie einen Rechtsanwalt verlangt: heisst es nur: Schnauze, werden Sie nicht frech!

Nach 20 Minuten holt man sie wieder. Zynisch grinsend eröffnet ihr der Oberbulle: Wir haben uns leider geirrt, die KPD/ML ist wirklich noch nicht verboten.

Genossen,

Die Zeitung der KPD/ML ist wirklich besser geworden. Aber trotzdem sind noch einige Fehler drin. So z.B. ist in Eurem Bericht aus Bochum über den Mordanschlag kein Wort zu den Verrätern der D"K"P-Führungsclique gesagt worden.
Sehr gut dagegen ist die Manöverkritik über die Demonstration in Dortmund und der Artikel über den aktiven Wahlboykott. Man könnte diese Losung vielleicht noch deutlicher machen, wenn man fordert: Stimmt ungültig!
Zur Demonstration gegen das reaktionäre Ausländergesetz in Dortmund: In unserem Zirkel (Anmerkung der Redaktion: ein kleinerer Kreis fortschrittlicher und kommunistischer Kollegen, die noch nicht einsehen, daß Kommunisten in die Kommunistische Partei gehören) habe ich vorgeschlagen, daß wir uns mit Helmen schützen. Mein Vorschlag wurde teilweise nur belächelt. Andere Genossen dagegen stimmten mir zu. Wer nicht in München dabeigewesen ist und in seinem Zirkel – wie wir – vor sich hintheoretisiert hat, wird wohl kaum den Artikel im ROTEN MORGEN verstehen können.

Rot Front
Ein Bielefelder Genosse



ERKLÄRUNG
der ROTEN GARDE KIEL/ML

(In ihrer Erklärung weisen die Genossen auf die Aufgaben hin, die sich jedem Kommunisten heute stellen. Sie zeigen ferner, dass diese Aufgaben nur mit einer marxistisch-leninistischen Partei, die den Kampf der Massen führt, erfüllt werden können. Aus ihrer Praxis als Zirkel heraus erkannten die Genossen mit dem Anwachsen der Kämpfe, dass der Schritt zur Partei getan werden musste. Die D"K"P – so heisst es in der Erklärung – ist in Wirklichkeit antikommunistisch und kann nicht die Partei der Arbeiterklasse sein.)

"Durch die Erfahrungen in unserer bisherigen praktischen Arbeit und durch das Studium des ROTEN MORGEN sind wir zu der Einsicht gekommen, daß wir mit der KPD/ML ... keine prinzipiellen Differenzen haben. Die Rote Garde Kiel / Marxisten-Leninisten unterstützt die Politik der KPD/ML. Deshalb muß die Rote Garde Kiel / Marxisten-Leninisten aufgelöst werden und sich der KPD/ML anschließen. Gemeinsam mit der KPD/ML müssen wir kämpfen, um die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten, die modernen Revisionisten um die D"K"P, noch fester zusammenzuschweißen.

Die KPD/ML ist bereits im Dezember 1968 gegründet worden. Seitdem hat sich die KPD/ML trotz mehrerer Fehler und Rückschläge im Kampf gegen den Imperialismus und Revisionismus gestählt und gefestigt. Daß die Rote Garde Kiel/ML erst so spät und nach großen Schwankungen zu der Einsicht gekommen ist, sich der KPD/ML anzuschließen, ist auf schwere rechtsopportunistische Fehler zurückzuführen. Die Rote Garde Kiel/ML hat nicht entschieden genug den Trennungsstrich zwischen sich und dem modernen Revisionismus gezogen. Stattdessen hat sie sich teilweise der KPD/ML feindlich gegenüber verhalten und ist nicht davon ausgegangen, daß Widersprüche zwischen Marxisten-Leninisten mit der Methode "Einheit-Kritik-Einheit" gelöst werden können und müssen.

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

ES LEBE DIE KPD/ML!

"Die Jugend ist die aktivste und lebendigste Kraft der Gesellschaft. Sie ist am meisten begierig zu lernen; am wenigsten konservativ im Denken; und dies besonders im Zeitalter des Sozialismus".

Mao Tse-Tung

" ...die aktivste und lebendigste Kraft ... " – wer das untenstehende Flugblatt der Rotgardisten in München gelesen hat, der zweifelt daran keinen Augenblick mehr. Wir von der RM-Redaktion halten dieses Flugblatt für ausgezeichnet und vorbildlich für Flugblätter der Jugend. Hier wird revolutionärer Schwung gezeigt, ohne dass sektiererisch dahergedonnert wird. Hier werden harte Schläge verteilt, aber nicht ins Luftleere, sondern konkret gegen den Feind. Hier wird die Jugend mitgerissen – zum konkreten Kampf. Hier wird politisches Bewusstsein in die Arbeiterjugend getragen – auch mit Hilfe von Klassikerzitaten – aber auf eine Weise, dass jeder marxistisch-leninistische Lehrsatz (auch ohne Buchwissen) für immer im Kopf sitzt. Wir empfehlen allen Genossen, auch den Parteigenossen, dieses Flugblatt aufmerksam zu studieren.

Schweinerei im Berlepschheim

Katholische Kirche - wie schön das klingt. Für die Lehrlinge aus Berlepschheim ist es ein Schimpfwort. Der katholischen Kirche gehört das Berlepschheim.

1. Heimkosten auf 2900 DM erhöht!

1967 kostete das Heim noch 165 DM monatlich. 4-6 Mann wohnen in einem Zimmer. Man schläft in Doppelstockbetten. 6 Mann zahlen 1800 DM monatlich für ihre winzige Bude. Für dieses Geld gibt es dann einen Frass, bei dem selbst Schweine Magenkrämpfe kriegen würden.
Für die Herren von der katholischen Kirche sind die Lehrlinge ein Objekt, dem man sehr gut Geld aus der Tasche ziehen kann. Schluss damit Lehrlinge, gebt ihnen eine drauf!

2 Wanzen treffen sich. "Mensch", sagt die eine, "du siehst ja ganz abgemagert aus." "Ja, denk Dir, ich komme grad vom Büro der katholischen Kirche. Nichts war zu holen. Die saugen selber."

2. Die Ausgangszeiten!

Die Lehrlinge müssen um 21 oder 22 Uhr zu Hause sein. Wer länger wegbleiben will, muss fragen. Das ist das Druckmittel von Meulemann. Wer nicht spurt, bekommt keinen Ausgang.

Was ist der Unterschied zwischen dem Berlepschheim und dem Knast? Im Knast weiss man wenigstens vorher, wann man fliegt!

3. Erpressung zur Religion!

Wer übers Wochenende dableibt, muss am Sonntag in die Kirche gehen. Wer das nicht tut, bekommt Ausgangssperre. Inzwischen geht Meulemann noch weiter. Wem das nicht passt, der kann ja "gegangen werden"!

4. Lehrlinge wurden geschlagen!

Bis vor kurzem gab es im 2. Stock einen Präfekten, der Lehrlinge schlug. Meulemann billigte und liess das zu. Dieser saubere Präfekt ist jetzt aus dem Heim raus und will ein Heim für diabetische Kinder aufmachen. Die armen Kinder tun uns jetzt schon leid!
Es gibt kein Pfortenessen mehr. Jeder, der später kommt, kriegt nichts mehr zum Essen.
Diese Reihe kann man endlos weiterführen.
Etwas haben wir uns aufgehoben, was unbedingt gesagt werden muss über den ehrenwerten Heimleiter.

5. Das Oberschwein Meulemann!

Unter Hitler wäre er sicher GESTAPO-Chef geworden, so sind seine Methoden! Den Leuten nachspionieren im Verein von Brandler und Kellermann, NPD und Junge Union - Faschisten, die auch im Heim wohnen und das komischerweise schon sehr lange!!
Die Lehrlinge, die nicht spuren, werden von Meulemann psychologisch fertig gemacht. Er will den Lehrlingen Angst einjagen, will, dass sie zittern, wenn sie zu ihm ins Büro müssen. Das, was Meulemann an Schweinerei gebaut hat, geht auf keine Rolle Klopapier. Er jammert den Lehrlingen immer die Ohren voll, dass er überhaupt nicht so viel verdient usw. Mit diesem Märchen kann er uns nicht täuschen!

Demokratie, für wen?

Jeder Lehrling weiss, wie die von Barzel Brandt und Strauss so hochgelobte "Demokratie" für ihn aussieht. Und wir von der ROTEN GARDE sagen, dass solche Schweinereien normal sind im kapitalistischen System. Wir wissen, dass Kapitalisten, Oberpfaffen und Bonzen immer solche Handlanger wie Meulemann brauchen!
MEULEMANN, du wirst sicher die Polizei holen, wenn wir das Flugblatt vor dem Heim verteilen. Bonzen, Kapitalisten und ihre Handlanger holen die Bulllen, wenn ihre Sicherheit bedroht ist. Die Polizei ist schliesslich ihr Wachhund, der dann bellt, wenn sich jemand gegen Ausbeutung und Unterdrückung auflehnt.

3 x SCHWARZFAHREN - 12 TAGE HAFT!

Kürzlich beobachtete ich, wie ein alter Mann in der U-Bahn einen Zigarettenstummel aufhob und in sein Pfeifchen steckte. Der alte Mann sah anständig aus. Seine Kleidung war sauber, aber schon alt und abgeschabt. Ich bot dem alten Mann meine Zigarette an. Daraufhin kamen wir ins Gespräch.

Der Rentner erzählte mir, dass er gerade auf dem Weg ins Gefängnis sei. "Und warum müssen Sie in den Knast?" - "Die haben mich dreimal in der U-Bahn beim Schwarzfahren erwischt. Da haben sie mir 120,- DM und 12,50 DM Verfahrenskosten aufgebrummt. Und da geh ich nun 12 Tage ins Gefängnis - pro Tag 10,- DM." Er holte aus seiner Jackentasche einen Briefumschlag mit dem Urteil heraus. Da konnte ich es schwarz auf weiss lesen: Wegen dreimal Schwarzfahren 120,- DM zuzüglich 12,50 ersatzweise 12 Tage Haft.

Aber das war noch nicht alles. Der Rentner fuhr fort: "Ich habe mir ein paar Sachen mitgenommen, was erlaubt ist", und zeigte auf zwei Plastiktüten, "vor allem Rasierzeug. Und ein bisschen zu essen. Aber ich konnte mir nicht viel kaufen. Meine Rente von August wird mir erst ausgezahlt, wenn ich rauskomme". - "Was," fragte ich "wegen der Strafe?" "Ja, ja," der alte Mann nickte mit dem Kopf. "Aber das," sagte ich empört, "werden die sich nicht mehr lange leisten können. Da wird ausgemistet, aber gründlich. Ganz bestimmt!" Ich gab ihm

BLUTSAUGER

BERICHT AUS WÜRZBURG

Das Kind eines Arbeitergenossen sollte in die Sonderschule kommen. Dies, und die Adresse der Eltern wurde VON DER SCHULBEHÖRDE (!) an einen der Schmierfinken von Klingelputzerfirmen weitergegeben.

Ein Vertreter besuchte also die Frau des Genossen. Nicht nach Feierabend, wenn ihr Mann zu Hause ist. Nein, er kam tagsüber, weil er annahm, daß er die Frau alleine leichter übers Ohr hauen könne. Der Vertreter pries ihr die Erzeugnisse der VITA-Werke an: "Hochwertige Vitamin-Aufbaupräparate für lernschwache Kinder". Der Erfolg soll sich innerhalb von 3 Monaten durchschlagend zeigen: Ein lernfreudiges Kind.

Mit solchen Lügen legten sie die Frau herein. Sie willigte ein, weil sie ihrem Kind helfen wollte und unterschrieb einen Vertrag. Ihrer Meinung nach ging es um eine Lieferung im Wert von 40.- DM.

Als die erste Sendung kam, bezahlte sie die Summe. In regelmäßigen Abständen kamen aber immer weitere Lieferungen. Sie verweigerte bei allen die Annahme. Jetzt wurde der Frau ein Brief zugeschickt, in dem die Firma ihr droht, daß sie sofort alle Lieferungen annehmen und bezahlen müsse, weil sie ja "rechtmäßig" einen Kaufvertrag unterschrieben hätte. Die Firma schickte dann einen Zahlungsbefehl von sage und schreibe 378.- DM, dazu noch Rechtsanwaltkosten und Gebühren von etwa 70.- DM!

Der Genosse hat 5 Kinder. Sein Verdienst reicht gerade für ein halbwegs menschliches Leben aus. Um von seinem 'Arbeitgeber' diese Summe zu bekommen, muß er beinahe 3 Wochen arbeiten.

Zuerst machte der Genosse seiner Frau bittere Vorwürfe, sah aber bald ein, daß das falsch war. Zusammen mit seiner Frau, mit seinen Kollegen, mit allen ausgebeuteten und entrechteten Menschen unter Führung ihrer Partei, der KPD/ML, werden wir der elenden Kapitalistenherrschaft ein Ende bereiten und die Diktatur der Arbeiterklasse über die Blutsauger errichten!

Kontaktadresse:

Jeder Lehrling wird das sehen, **MEULEMANN**, wenn du die Bullen holst. Was sollst du also machen? Unsere Leute verteilen lassen ist auch Scheisse für dich. Es ist, wie Mao Tsetung gesagt hat: **"Der Stein, den sie (die Ausbeuter) erhoben haben, fällt auf sie zurück."**

Eines wunderschönen Tages (fürs Volk) werden wir Schluss machen mit Ausbeutung und Unterdrückung und den vielen Übeln des Kapitalismus. Die Menschen werden freier leben können, wenn das Grundübel Kapitalismus beseitigt ist. Abschaffen wird diesen die Arbeiterbewegung, die immer stärker wird. Wir werden dann auch Gericht halten über unsere Unterdrücker. Das Urteil über Meulemann und seine Auftraggeber steht schon fest. **Sie werden in die Isar geworfen.** Dort kann Meulemann dann den Fischen das Zittern beibringen.

LEHRLINGE, JETZT FORDERN WIR:

1. **DIE HEIMKOSTEN MÜSSEN AUF EIN VERNÜNFTIGES MASS GESENKT WERDEN!**
2. **FREIER UNBEGRENZTER AUSGANG FÜR JEDEN!**
3. **WIEDEREINFÜHRUNG DES PFORTENESSENS!**
4. **KEINE ERPRESSUNG ZUR RELIGION!**
5. **WEG MIT MEULEMANN!**

Kampf dafür!

noch meinen Tabak und als ich aussteigen musste, verabschiedeten wir uns herzlich voneinander.

Das also ist der vielgepriesene "ruhige Lebensabend". Wenn wir uns in den Knochenmühlen von Siemens, Babcock und DWM kaputt und krumm gerackert haben, speist man uns mit einer lächerlichen Rente ab, die sich im Schneckentempo erhöht, während uns die Preise davongaloppieren. Davon haben wir die Nase gründlich voll. Ein anderer Rentner hat einmal in einer Kneipe zu mir gesagt: "Wenn ich noch könnte, da würde ich mich wehren. Ihr seid jung, ihr könnt noch. Ihr müsst dreinschlagen!" - Das werden wir!

